

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei vom Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Genthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Vermehrung der Reichstags-Wahlkreise.

Die Anträge und Petitionen auf Vermehrung der Reichstags-Wahlkreise kehren alljährlich mit genauer Bestimmtheit wieder, ein Beweis, daß in weiten Volkskreisen sich der Wunsch lebhaft geltend macht, unsere Bevölkerung ihrer Zahl entsprechender vertreten zu sehen. Die jüngste Volkszählung hat uns wieder den Beweis geliefert, wie sehr die Bevölkerungsbewegung eine Ungleichheit in der Vertretung herbeizuführen geeignet ist. Wir schwärmen nicht allzu sehr für das Repräsentativsystem überhaupt, und für uns war es längst klar, daß auf die Dauer solche Unzulänglichkeiten von ihm unzertrennlich sein würden. Aber man sollte dem gegenüber wenigstens zu Maßregeln greifen, um die Unzulänglichkeiten soweit wie möglich zu beseitigen. Eine gewisse Ungleichheit wird bei der starken Bevölkerungsbewegung immer bleiben, aber sie könnte wenigstens auf ein Minimum beschränkt werden.

Nach dem Gesetze soll ein Abgeordneter 100 000 Köpfe vertreten. Das ist schon ein sehr bedeutendes Maß. Das einstige Frankfurter Parlament wurde so zusammengesetzt, daß ein Abgeordneter 50 000 Köpfe vertrat, und doch hatten auch Deutsch-Oesterreich, Tyrol und Deutsch-Böhmen Vertreter zu senden. Aber wie liegt die Sache heute im Deutschen Reich? Wir haben ein Stadt von über einer Million; in Berlin werden 1 315 412 Menschen durch sechs Abgeordnete vertreten. Hamburg wird durch drei Abgeordnete vertreten, hat aber mit seinem Landgebiete, das in die drei Wahlkreise mit eingeschlossen ist, etwa eine halbe Million Menschen. Breslau mit etwa 300 000 Einwohnern hat zwei Abgeordnete, während die Städte Barmen und Elberfeld mit 208 000 Einwohnern nur durch einen Abgeordneten vertreten sind. Dagegen haben Schaumburg-Lippe und Neuchâtel mit 40-50 000 Einwohnern auch einen Abgeordneten zu wählen, wobei allerdings angeführt werden kann, daß sie selbständige Staaten sind. Daß diese Verteilung der Vertretung mehr Gleichgewicht gebracht werden muß, ist klar. Warum scheut man sich denn davor, diese Sache in Angriff zu nehmen? Die Arbeit ist doch verhältnismäßig nicht so groß. Und man kann heute daran denken, daß vor längerer Zeit einmal von der Regierung ein Antrag eingebracht wurde, einige Wahlkreise abzubauen und ihren Umfang zu vermindern, resp. auch zu vermehren. Damals waren selbstverständlich andere Annahmen maßgebend, als die, welche uns den Wunsch nach Vermehrung der Zahl der Wahlkreise bittren. Es

wurde u. A. auch beantragt, aus dem Wahlkreis Offenbach-Dieburg, in dem damals die Sozialdemokratie eifrig thätig war, die Stadt Offenbach auszuscheiden und sie dem damals nationalliberalen Friedberger Kreise einzuverleiben. Die Vorlage wurde aber damals von der Regierung selbst wieder zurückgezogen und die Sozialdemokratie hat den Offenbacher Wahlkreis gewonnen.

In der Petitionskommission ist die Sache nun abermals zur Sprache gekommen. Der Regierungsvorsteher in der Kommission hat nun auch sich über die Sache ausgesprochen und da eine recht merkwürdige Auskunft erteilt. Die Behauptung, wie sie früher auftauchte, daß nämlich der Sitzungssaal im neuen Reichstagsgebäude eine Vermehrung der Abgeordneten nicht dulde, war bisher von uns niemals besonders ernsthaft aufgefaßt worden. Allein der Geh. Oberregierungsrath Niederding sprach sich in diesem Sinne aus. Er erklärte, man habe die Dimensionen des neuen Reichstagsgebäudes schon festgestellt und könne daran nun nichts mehr ändern. Man habe dort 400 sehr bequeme Sitze mit Schreibtischen eingerichtet; wenn man die Schreibtische beiseite rücken und die Sitze kleiner machen wollte, so könne man noch für 50 Abgeordnete Raum bekommen, für mehr aber nicht. Er verwies dann noch auf die Sitzungssäle des englischen Unterhauses und der französischen Deputiertenkammer, die bei mehr Mitgliedern kleiner seien, als der Sitzungssaal des künftigen Reichstagshauses. Was geht es aber uns an, wenn die Engländer und die Franzosen ihre Parliamentshäuser unpraktisch einrichten? Müßen wir es deshalb auch thun? Der Sitzungssaal des englischen Unterhauses war oder ist noch so klein, daß sämtliche Mitglieder nicht darin Platz hatten oder haben. Aber das sollte doch sicherlich nicht zur Nachahmung anregen.

Man darf in diesem Fall wohl mit Erstaunen fragen: Ist denn das, was ein Baumeister entwirft, so unveränderlich, daß sich die Vertretung eines Volkes von 47 Millionen Köpfen darnach zu richten hat. Zuerst, sollten wir meinen, kommen doch die Volksinteressen und dann kommen die Pläne des Baumeisters. Ob sich der Bau etwas weniger harmonisch in seiner Anlage gestaltet, darauf kommt es doch wahrlich nicht in letzter Linie an, sondern darauf, daß die Vertretung des Volkes die ihr entsprechenden Räumlichkeiten vorfindet. Wie das merkwürdig klingt: Die Wahlkreise für die Vertretung des Deutschen Reichs mit seinen 47 Millionen Einwohnern können nicht vermehrt werden, weil der Sitzungssaal im neuen Reichstagsgebäude zu klein ist!

Indessen darf uns auch das nicht überraschen, nachdem Herr von Puttkamer die Reueuerung hat

fallen lassen, das allgemeine Wahlrecht habe sich „nicht bewährt“. Da darf man denn auch wohl annehmen, daß dem Herrn Baumeister, der den Plan zu dem neuen Parlamentshause entworfen, der Gedanke vorgeschwebt hat, das allgemeine Wahlrecht werde nicht mehr lange bestehen und da werde sich auch die Zahl der Abgeordneten eher verringern als vermehren. Man sieht, der politische Reichstagsbaumeister ist an anderer Stelle auf ein rasches Verändern gestoßen und man hat seine „Idee“ in aller Form akzeptiert.

Ob deshalb gerade das allgemeine Wahlrecht nun auch baldigst verschwinden wird, das ist eine Frage, deren Beantwortung wir der Zukunft überlassen. Jedenfalls ist es charakteristisch für unsere Zeit, daß die Entwicklung des deutschen Parlamentarismus vor den vier Wänden eines Saales stillstehen soll!

Politische Uebersicht.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde zunächst die Reichsbürgschaft für die Zinsen der ägyptischen Staatsanleihe in dritter Lesung auf Anregung der Abg. Kayser und Windthorst in die Budgetkommission verwiesen, worauf dann der Reichstag in die dritte Berathung des Etats eintrat. Zunächst erhielt der Abg. Liebknecht das Wort, der in scharfer Weise in die bekannte Polenrede wieder eingriff und das Verhältnis Deutschlands zu Rußland beleuchtete. Hierbei kam der Redner auf die russische Anleihe vom Jahre 1884 zu sprechen, welche durch die preussische, bezüglich deutsche Regierung bei Herrn von Bismarck und der Beehandlung vermittelt worden sei. Die russischen Finanzen seien auf das Aeußerste getrübt gewesen. Der englische und französische Geldmarkt war den Russen verschlossen. Da sei Herr von Bismarck nach Friedrichstraße geehrt. Die deutschen Kapitalisten glaubten, daß die preussische Regierung mit ihrer Garantie hinter der Anleihe stehe und dieselbe wurde um das Offiziale in Deutschland überzeichnet. So müßten einen Teil des eventuellen Defizits, welches Rußland bei einem — fast unvermeidlichen Bankrott machte, die Deutschen zahlen. Dieses Rußland aber, welches finanziell von Deutschland unterstützt worden sei, verfolge die Deutschen in den russischen Ostprovinzen, es verschärfe die Grenzsperr, führe den Zollkrieg und störe den europäischen Frieden. Ob das aber eine „nationale Politik“ sei, welche Preußen getrieben habe, das Urtheil wolle er der rechten Seite des Hauses überlassen. — Der Abgeordnete Kardoff konnte nichts weiter erwidern, als daß der Vorredner die Arbeit de-

ihrer Hergensangst kam ihr der Gedanke, daß sie sich in dem nicht mehr zu überschauenden Walde verirren könne. Vielleicht trieb sie ihr unsichtbarer Verfolger, dessen Gegenwart sie fühlte, in einer bestimmten Richtung fort, um sie an einer einsamen, menschenfernen Stelle einzuholen und ihr Stillstand zu gebieten.

Sie wurde in diesem Wahne noch bestärkt, als sie plötzlich neben sich eine Gestalt in schwarzem Mantel hinter einem Eichenstamm verschwinden sah. Sie hatte ihren Verfolger hinter sich gewähnt und nun war er ihr schon zur Seite.

Jetzt gab es für Erna keine Ueberlegung mehr. Sie floh wie ein geschleudertes Reh durch den sich immer mehr verfinsternenden Wald, welcher heute gar kein Ende nehmen wollte.

Aber endlich drang doch einmal ein schwaches Dämmerlicht zu ihrem Auge, die nahe Dichtung verlassend. Es gab hier nur eine solche, und auf dieser lag Schloß Selchow, dasselbe, dessen Zinnen sie vorhin ängstlich mit den Augen gesucht hatte. Dort wohnte sie.

Nun hatte sie den Rand des Gehölzes erreicht, war sie wieder in Rufweite von Menschen! Es war aber auch die höchste Zeit. Der Athem versagte ihr, die Kräfte drohten sie zu verlassen; sie mußte nach dem gereinigten Zweig einer Schwarztanne greifen, um sich nur aufrecht zu erhalten. Dort stand sie leuchtend still, das Auge willenlos über das Bild hingeleiten lassend, welches sich jetzt ihren Blicken zeigte.

Das Herrenhaus von Selchow war ein düsteres Waldschloß, alt, einsam und zum großen Theil Ruine. An den mit Efeu und Eisplanzen umponnenen Thürmen und Bastionen, sowie an dem nachgebauten erlante man so recht den allmähigen Niedergang und Verfall eines einst mächtigen und kriegerischen Rittergeschlechts. Das Ruinenschloß hatte übrigens ein ungemein malerisches Ansehen. Der wirklich bewohnte Theil desselben gebot aber eine Front von zwölf Fenstern und erhob sich nicht über zwei Etagen. Er stammte aus der Rokokozeit und machte den großartigen älteren Aufführungen gegenüber einen recht ernüchternden Eindruck. Sein figuren-

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart von Gustav Köffel.

Am Ufer eines weiten stillen See's stand halb im Schatten düsterer Tannen Erna Eschenbach. Sie blickte trauernd verloren in den Abendhimmel. Ihre hohe, edle Gestalt, von einem knappen schwarzen Kademirleid umschlossen, verrieth in jeder Linie Formensönheit und Grazie. Die herabgesunkenen Hände waren gefaltet, das dunkle seelenvolle Auge weit geöffnet. Ihre feinen edlen Züge, wie aus Stein gemeißelt, sprachen von nordischer Kälte, das Kinnemauge aber und die vollen Lippen von süßlicher Wärme. Den garten weißen Teint hatte offenbar nie eine heißere Sonne geküßt, als die, welche jetzt in die kühlen Blüthen des Märkisches hinabtauchte; aber das äppige blauschwarze Haar und der lähne Schwung der schmalen Brauen erinnerten lebhaft an den Orient.

So stand sie unbeweglich. Kein Segel fürchte rings die rosig angehauchte Fläche, kein Laut von Menschenarbeit scholl vom Lande her. Nur weit, weit drüben läutete ein Glöckchen, mit hellem Silberklänge die Luft durchzitternd. Der Nachtwind strich mit sagenvollem Rauschen durch die düsteren Tannen, mit lesem Finger wob das Märchen seine Schleier um die stille Kräumerin, und sanft, mit liebevollem Rosen legten sich die Wellen ans Ufer.

Sonst war es still ringsum, so friedhofsstill, als wäre alles Leben aus der Welt entflohen, und auch aus ihr, die einem schönen Marmorbilde gleich.

Plötzlich drang von ihrem Rücken her ein verdächtiges Knirschen und Knaden des Unterholzes zu ihrem Ohr — es war ein Laut wie von schleichenden Menschentritten, die nicht gehört sein wollen.

Erna zuckte zusammen. Sie wandte sich rasch herum. Ihre Augen waren aber noch von der Sonne geblendet,

in die sie so lange gesehen hatte. Sie legte die Hand darüber, um sie an das Dämmerlicht des Waldes zu gewöhnen. Gleichzeitig hielt sie lauschend den Athem an.

Sie hörte nichts mehr, und als sie jetzt die Augen öffnete, sah sie Niemanden. Dennoch hatte sie das bedrückende Gefühl, als ob ein unruhiger Lauscher in der Nähe weile.

Von diesem Augenblicke schwand ihr das Gefühl ruhiger Sicherheit, welches ihre Haltung und ihre Züge bisher charakterisirt hatte. Sie maß furchtsam mit den Augen die Entfernung zwischen ihr und jener Stelle ab, wo aber den von der Sonne vergoldeten Tannenwipfeln die dunkeln Mauern eines alten Schlosses emporragte. Dasselbe war rings von einem dichten Nadelwald umgeben. Sie stand hier am äußersten Rande desselben.

Einem raschen Entschlusse folgend, brach sie in jener Richtung auf. Doch plötzlich hielt sie ihren Schritt an und legte die Hand auf's Herz. Sie war sehr blaß geworden.

Bei einem ängstlichen Seitenblick hatte es ihr geschienen, als ob aus einem nahen Buschwerk ein glühendes Augenpaar sie anstarrte. Es war aber damit wie mit dem vorhin gehörten Geräusch von Schritten: bei einem zweiten Hinblick sah sie nur den unbedekten Busch. Dennoch vermehrte dies ihre Angst; sie schritt nun rascher fort.

Im Anfange warf die sinkende Sonne noch breite Schlaglichter durch die schlanken Stämme der Tannen, bald aber verschwanden jene von Ernas Weg, auf welchem sich die düsteren Waldschatten sammelten und stellenweise bis zur völligen Dunkelheit vertieften.

Von Zeit zu Zeit stand sie still um Athem zu schöpfen und zurückzuschauen, und dann immer war es ihr, als wenn jener gespenstische Trit noch einmal hinter ihr laut werde. Hierauf verhallte er, um dann nicht mehr gehört zu werden.

Ihr Herz pochte hörbar, ihre Pulse flogen; sie hastete weiter, immer meidend, jetzt müßten die Schloßmauern durch die Büsche sichtbar werden. Und immer von Neuem fand sie sich getäuscht.

Es führte kein Weg vom Schloß zum See hinab, und in

Das nur im regelmäßigen Betriebe täglich 444 Tage abgelassen werden müssen. Im Sommer kommen aber hierzu je nach Bedarf in den Wochentagen 12 bis 30 Extrazüge, an den Sonntagen deren bis zu 72, bei außergewöhnlichem Verkehr steigt sich die Zahl der Züge noch bedeutend und beträgt 562 an einem Tage. Die Zahl der beförderten Passagiere der Stadtbahn betrug im ersten Geschäftsjahre 8 396 470 und ist im Jahre 1884—85 auf 14 256 490 angewachsen. Sicher wird dieselbe sich noch bedeutend und ohne Rücksicht auf die Bevölkerungsziffer steigern. Trotz dieser riesigen Zahl sind die Anlagen wegen Betrages in Bezug auf das Fahrgehalt ganz verschwindend gering und im letzten Jahre gegen das erste Betriebsjahr, in welchem 17 solcher Anlagen erhoben werden mußten, ganz bedeutend zurückgegangen. Ebenso erfreulich ist die Thatsache, daß noch kein einziger Betriebsunfall auf dieser zweifellos frequentesten Bahnstrecke des Deutschen Reiches vorgekommen ist. Verletzungen und Tötungen von Passagieren, Beamten und Arbeitern sind freilich leider nicht gerade selten; sie resultiren aus dem regen Verkehr und der dadurch herbeigeführten größeren Gefährlichkeit der Strecke. Die zahlreichen Kurven tragen nicht eben dazu bei, diese Gefährlichkeit zu vermindern und die große Zahl der Betriebsbeamten und Arbeiter — 400 beziehungsweise 500 — vergrößert dieselbe noch. 64 Maschinen sind unausgesetzt thätig und außerdem noch eine Anzahl Reservemaschinen, denn der Dienst kann gerade hier eine Störung am allerwenigsten erlauben. Die Haupttage des Verkehrs sind natürlich die Sonntage und allein an den 17 Sommersonntagen vom Juli bis August 1883 sind 1 300 757 Personen durch die Stadtbahn befördert und in diesem Jahre ist diese Biffer in dieser Zeit auf fast 2 Millionen gestiegen.

Für den Studenten Dehllé, welcher im Februar vorigen Jahres im Grunewald den Studiosus Holzappel erschoss und vom Landgericht I zu Berlin deshalb zu vierjähriger Festungshaft verurtheilt wurde, die derselbe in der Festung Olav verbüßt, soll nunmehr von seinen Freunden durch einen hiesigen Rechtsanwalt ein Gnadengeuch an den Kaiser gerichtet werden, worin gebeten werden soll, ihm den noch nicht verübten Theil der Strafe zu erlassen. Bestätigt sich nun die Nachricht, daß gelegentlich des fünfundsingzigjährigen Regierungsjubiläum die Begnadigung Dehllé's an maßgebender Stelle dem Kaiser nicht empfohlen worden sei, dann dürften die Freunde Dehllé's mit ihrem Immediatgesuche schwerlich Erfolg haben. Uebrigens befindet sich Dehllé in Olav den Umständen nach wohl und studirt in seinem Gefängnis fleißig. Er selbst hatte, da andere wegen Duelle Verurtheilte gelegentlich des Regierungsjubiläum begnadigt wurden, seine Freilassung erwartet, sich aber vergeblichen Hoffnungen hingeegeben.

Der Tischler Schunke, welcher am 24. Mai v. J. die Frau Weber in der Wohnung ihrer Dienstherrschaft ermordet und beraubt hat, ist gestern Morgen entpauert worden.

Gegen die Kritik Franz v. Schöthaus's, in welcher derselbe über das vermoderte, angegriffene oder angebrante Briefpapier als eine „Mordthat“ spottet, polemisiert das Organ der Papierhändler wie folgt: Ueber obige Kritik dürfen Papierhändler anderer Ansicht sein. Gewiß ist die Sache originell! Aber man bedenke einmal auf der anderen Seite, wie viele Fabrikarbeiter durch diese sich stets erneuernden „Morden“ ihr Brot finden, und daß das Geld nur denen aus der Tasche geholt wird, die es übrig haben. Das öffentliche Kergerniß aber, das z. B. durch Kleidernoden gegeben werden kann, ist bei dieser Spielerei doch gewiß gering. Jedenfalls wird Carl Schöne in Hannover als Fabrikant des vermoderten und Erfinder des angebrannten Briefpapiers in einer Art erhaunt sein, daß ihm Herr von Schöthaus hinter die Fingergeländer gekommen ist; andererseits wird er aber ebenso wenig böse sein über die Empfehlung, wie die Dmabührer Papierwaaren-Fabrik in Berlin über die Erwähnung ihrer angegriffenen Billetpapiere. Es wäre nur zu wünschen, daß die Kritik durch alle Zeitungen ginge; denn es giebt genug Deutschen, die an solchen immerhin harmlosen Abwechslungen recht viel Vergnügen finden und das ist für unsere Fachindustrie jedenfalls besser, als wenn die Verbraucher sich 25 : 25 Bogen und Umschläge für 25 Pfennige kaufen!

Ein entsetzlicher Anblick bot sich gestern um die Mittagzeit den Passanten der Potsdamerstraße. Einer der Stallleute von der Omnibusgesellschaft, welcher ein Ablösungsgepäck nach der Haltestelle an der Kurfürstenstraße gebracht hatte, ritt die eben ausgepauerten Pferde wieder nach dem Stalle zurück, als nahe der Hypothenstraße eines der Thiere scheute und seinen Reiter abzuwerfen versuchte; derselbe wollte eilig absteigen, verstrickte sich aber dabei im Geschirr, und blieb mit dem einen Bein in demselben hängen, während das Pferd weiter trabte und seinen Reiter eine Strecke weit mitschleifte. Hinzuspringenden Passanten gelang es, das Thier zum Stehen zu bringen und den Verunglückten aus seiner schrecklichen Lage zu befreien. Derselbe kam aus einer Ohnmacht zwar bald wieder zu sich, schien aber außer einem Beinbruch auch schwere innere Verletzungen davongetragen zu haben. Der Verunglückte wurde mittels Droschke nach dem nahegelegenen Kaiserin Augusta-Hospital transportirt.

Belegung der Bevölkerung Berlins nach den Veröffentlichungen des statistischen Amtes der Stadt. Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl betrug am 17. Januar infl. der nachträglichen An- und Abmeldungen 1 317 469; hat sich demnach gegen die Woche vorher um 1286 Seelen vermehrt. In der Zeit vom 17. bis 23. Januar wurden polizeilich gemeldet 2419 jugendliche, 1375 fortgeschriebene Personen; standesamtlich wurden 177 Ehen geschlossen. Geboren wurden 942 Kinder, und zwar lebend: 461 männliche, 455 weibliche, zusammen 916 (darunter 111 außereheliche), todt 122 männliche, 14 weibliche, zusammen 26 (darunter 3 außereheliche) Kinder. Die Lebendgeborenen, aufs Jahr berechnet, bilden 36,3 die Todtgeborenen 1,0 pro Tausend der Bevölkerung, die außereheliche Geborenen 14,5 pCt. aller in der Woche Geborenen, davon die bei den Lebendgeborenen 12,1, die bei den Todtgeborenen 11,5 pCt. In der Kgl. Charité und Entbindungsanstalt wurden 48 Kinder geboren. Gestorben (ohne Todtgeborene) sind 570, nämlich 299 männliche, 271 weibliche Personen. Von diesen waren unter 1 Jahr alt 164 (incl. 43 außereheliche), 1—5 Jahre 107 (incl. 7 außereheliche), 5—15 Jahre 29, 15—20 Jahre 8, 20—30 Jahre 35, 36—40 Jahre 54, 40—60 Jahre 78, 60—80 Jahre 86, über 80 Jahre 8. Die Sterbefälle beim Alter von 0 bis 5 Jahren machen 47,5 pCt. sämtlicher in dieser Woche Gestorbenen aus. Von den im Alter unter 1 Jahr gestorbenen Kindern starben 50 im ersten, 14 im zweiten, 15 im dritten, 13 im vierten, 11 im fünften, 10 im sechsten, 51 im siebenten bis zwölften Lebensmonate; von denselben waren ernährt 28 mit Muttermilch, 0 mit Ammenmilch, 82 mit Thiermilch, 1 mit Milchsurrogat, 18 mit gemischter Nahrung, von 35 war es unbekannt. Todesursachen waren besonders: Lungenentzündung (41), Bronchialkatarrh (12), Rekllospontzündung (22), Krämpfe (39), Gehirnschlag (16), Gehirn- und Gehirnhautentzündung (20), Herzfehler (16), Krebs (26), Altersschwäche (20), Lebensschwäche (37), Abzehrung (10), Malaria (10), Scharlach (7), Diphtherie (38), Typhus (4), Rindpestfieber (3), Diarrhöe (8), Brechdurchfall (7), an anderen Krankheiten starben 130. Durch gewaltsamen Tod endeten 5, durch Selbstmord 3, (1 durch Vergiftung, 2 durch Erhängen) ihr Leben. Die Sterblichkeit der Woche auf das Jahr berechnet betrug 22,6 pro mille der Bevölkerung. In der Woche vom 24. bis 30. Januar wurden dem Polizeipräsidium gemeldet als extrant an Typhus 19, an Malaria 87, an Scharlach 25, an Diphtherie 115, an Rindpestfieber 8. In den 9 größeren Krankenhäusern wurden in der Berichtswache 836 Kranke aufgenommen, davon litten an Malaria 8, an Scharlach 3, an Diph-

therie und Kramp 34, an Typhus 9, an Rose 1. Es starben 105 Personen, als Befand verblieben 4171 Kranke.

Wasserstand der Spree in der Woche vom 24. bis 30. Januar 1886. (Angabe in Metern.)

Tage	24./1.	25./1.	26./1.	27./1.	28./1.	29./1.	30./1.
Am Oberbaum	2,46	2,45	2,44	2,44	2,44	2,42	2,43
Dammühle	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38
Oberwasser	1,10	1,10	1,09	1,09	1,09	1,08	1,09

Polizei-Bericht. Am 4. d. Mts. gerieth der Dreher Dubrawsky in der Edel'schen Maschinenfabrik, Widenweg 27, an einer Drehbank durch eigene Unvorsichtigkeit mit der linken Hand zwischen Welle und Transmissionsriemen, so daß ihm 2 Finger der Hand dabei zerquetscht wurden. — Am 6. d. Mts. wurde ein Mann in der Landbergerstraße von einer Droschke und ein Anderer in der Friedrichstraße von Arbeits-Fuhrwerken überfahren und schwer verletzt, so daß sie nach der Charité geschafft werden mußten. — An demselben Tage wurde der Reimer Müller auf dem Grundstück Sebastianstraße 28 durch einen Steinwurf derart am Hinterkopfe verletzt, daß seine Aufnahme in die Charité notwendig wurde. — Am 6. d. Mts. fiel ein 55 Jahre alter Mann im Hause Belfortstraße 22 die Treppe hinab und erlitt eine schwere Verletzung am Hinterkopfe, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain angeordnet werden mußte. — Im Laufe des 6. d. Mts. fanden keine Brände in der Friedrichstraße 35, Niedermallstraße 14, Kochstraße 19 und Prinzessinnenstraße 22 statt. — Am 7. d. Mts. Vormittags wurde an einem Grabe auf dem Dom-Rirchhofe in der Kiesenstraße die Leiche einer etwa 30—40 Jahre alten Frauensperson aufgefunden. Wie sich später herausstellte, hat sie sich aus Liebesgram am Grabe ihres Vaters durch Frankali getödtet. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause geschafft. — An demselben Tage, Nachmittags, erschoss sich ein Mann mittelst Revolvers in seiner Wohnung in der Hornstraße. — Zu derselben Zeit vergiftete sich eine Frau in ihrer Wohnung in der Potsdamerstraße. — Am 7. d. Mts. Abends, entstand in dem im zweiten Stock des Hauses Jerusalemstraße 21 belegenen Lagerräumen des Damen-Konfektions-Geschäfts von Herz Feuer, durch welches die dort befindlichen Waaren fast ganz vernichtet und der Dachstuhl des Vorder- und des Seitengebäudes zerstört wurde. Die Feuerwehr war unter Anwendung zweier Dampfsprizen mehrere Stunden in Thätigkeit. — An demselben Tage, Abends, wurde vor dem Hause Friedrichstraße 67 ein unbekannter Mann von einer Droschke überfahren und an den Beinen schwer verletzt, so daß er nach der Charité gebracht werden mußte. — Am 7. d. Mts. Abends, fiel ein Mann in Folge Ausgleitens auf dem Bürgersteige vor dem Hause Königsplatz 43 zur Erde und brach das Bein. Er wurde nach der Charité gebracht. — In der Nacht zum 8. d. Mts. verstarb ein Mann auf dem Transport nach seiner Wohnung, Linienstraße, in einer Droschke, in die er wegen Unwohlseins von einem Tanzlölal in der Lotbriingerstraße aus gebracht worden war.

Vereine und Versammlungen.

* **Die Generalversammlung der Berliner Maurer,** welche am Sonntag, den 7. d. Mts., Vormittags, unter Leitung des Herrn Behrend, in der „Tonhalle“ stattfand, war äußerst zahlreich besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende einen Bericht der „Baugewerks-Zeitung“, über die vor einigen Tagen im Bugenbagen'schen Saale stattgehabte Baugewerks-Versammlung, deren Resultat in der Wahl zweier aus je fünf Maurer- und Zimmermeister bestehenden Kommission gipfelte, welche beauftragt wurden, ganz nach ihrem Ermessen Verhandlungen über die diesjährigen Lohn- und Arbeitsbedingungen mit einer „wirklichen Vertretung“ der Maurer- und Zimmergesellen zu ermöglichen und die betreffenden Vorschläge resp. erzielten Resultate einer zweiten Versammlung der Baugewerksinhaber zur endgiltigen Beschlußfassung zu unterbreiten. Gewinne es hiernach erfreulicher Weise auch den Anschein, als seien die Herren Meister und Unternehmer endlich einmal zur Einsicht gekommen und geneigt, an Stelle der seit her beherrschenden Gewaltsgrundsätze Rechts- und Beunruhigungsgründe treten zu lassen, so dürfte es, meinte der Redner, doch unter allen Umständen geboten sein, sich nicht allzu großem Vertrauen hinzugeben, vielmehr der weiteren Entwicklung der Dinge nur mit großer Vorsicht und Wachsamkeit zu folgen. (Beifall.) Nachdem sodann die Versammlung von jeder Diskussion über diese Angelegenheit Abstand genommen, referirte Herr Behrend über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Kongreß der Maurer Deutschlands“, der am 23., 24. und 25. 1. Mts. in Dresden stattfand und dessen Bescheidung seitens der Berliner Maurer der Redner befürwortete. Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung einstimmig, den Kongreß zu beschließen und zu veranlassen, daß auf dessen Tagesordnung auch das Thema von der Arbeit gesetzt wird. Den Bericht der Lohnkommission, welcher den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete, erstattete das Kommissionsmitglied Herr Vöhl. Wir heben daraus die Mittheilung hervor, daß die Lohnkommission in Ausführung des vor einiger Zeit von einer Generalversammlung im Konzerthaus „Sandsjoui“ gefaßten Beschlusses, durch ein Flugblatt die Maurer überall zur Inangriffnahme der Organisation aufzufordern, großen Erfolg erzielt hat, daß man in der That allerwärts anfängt, sich zu organisiren. — Zum dritten Punkt der Tagesordnung, „Abrechnung der Lohnkommission“, erstattete der Hauptkassirer, Herr Schulz, den Kassenericht. Demgegenüber bestritt sich der alte Bestand (von 1884) auf 1010,65 M.; die Einnahmen (von 1885) betragen 26 728,45 M., die Ausgaben 10 062,55 M. und der Restbestand (per 1. Januar 1886) 16 065,90 M. Nach Erstattung des Revisionsberichtes durch Herrn Grotmann ertheilte die Versammlung dem Kassirer Decharge. Von der besonderen Drucklegung des bereits zum größten Theile im „Baugewerks-Zeitung“ veröffentlichten höchst umfangreichen Kassenerichtes beschloß die Versammlung — mit Rücksicht auf die dadurch entstehenden Kosten — vollständig abzusehen. — Hieran reihte sich die Neuwahl der Lohnkommission und der Revisoren. Als Mitglieder der ersten wurden gewählt, beziehungsweise wiedergewählt die Herren Behrend (für Berlin W.); Riermann (für Berlin SW.); Hermann Schulz (für Berlin SO.); Koll (für Berlin S.); Wille (für Berlin N.); Kalske (für Berlin N., Weddingbezirk); Höhne (für Berlin NO.); Lehmann (für Berlin NW.); Vöhl und Kirchbaum (für Berlin C.); Krüger (für Banlow und Nieder-Schönhausen). Zu Revisoren wurden die Herren Grotmann, Breißle und Spammern gewählt. — Beim Punkte „Verschiedenes“ gelangte einstimmig ein Antrag zur Annahme, die Sammlungen zum Generalfonds am nächsten Sonnabend wieder beginnen zu lassen. Ein Antrag auf Unterstützung der streikenden Rodmacker wurde der Lohnkommission zur Entscheidung überwiesen; desgleichen ein anderer Unterstützungsantrag, betreffend einen in Ausübung des Maurerhandwerks von einem Unfall betroffenen, invalide gewordenen Gewerksgenossen.

* **Eine öffentliche Versammlung der Tischlergesellen** fand am Sonntag, den 7. Februar, in Keller's Sälen, Andrastraße 21, unter Leitung der Herren Zuyauer und Klingner statt. Der Tischler Herr Schmitz referirte über die Lohnfrage, sowie über Zweck und Ziele der vom Fachverein eingesetzten Fachkommission zur Regelung der Verhältnisseverhältnisse. Der Referent legte in ausführlicher Weise die Nothlage des Tischlers gewerks dar und erklärte, daß, wenn die Tischler Berlins sich nicht zu einer festen Organisation vereinigen, die zum Leben laun auskömmlichen Löhne sich noch verringerten durch das Massenangebot der arbeitslosen Berufsgenossen. Das erste und Hauptziel einer solchen Organisation müsse die Verfürgung der Arbeitszeit sein, um dadurch jenen arbeitslosen Kollegen Arbeit zu verschaffen. Den Organisationen der Arbeitgeber, die auf Verfürgung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit hinzielen, müsse eine geschlossene Pbalanz der Arbeiter gegenüber gestellt werden. Er empfahl sodann mit kräftigen Worten den Eintritt in den Fachverein der Tischler. In der an das Referat sich anschließenden Diskussion sprachen sich im Sinne des Referenten die Herren Schaar, Hertens, Zuyauer, Kreuz u. A. aus. Herr Venz, ein früheres Kommissionsmitglied, schätzte aus, daß die Fachkommission des Fachvereins nicht das leisten könne, was die frühere Lohnkommission geleistet habe, wurde jedoch von mehreren Rednern schlagend widerlegt. Es gelangten hierauf zwei Resolutionen zur Annahme: die erstere dahingehend, daß die Versammlung gewillt ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln für Anschlag an den Fachverein der Tischler, sowie an den Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter hinzuwirken, wurde mit allen gegen 2 Stimmen, — die zweite, welche sich dahin ausdrückt, die jetzige 9 1/2-stündige Arbeitszeit vorläufig festzuhalten und auf eine allmähliche Verfürgung derselben bis auf 8 Stunden hinzuwirken, einstimmig von der gut besuchten Versammlung angenommen. Weiter allegirte die Versammlung einen Antrag Rosohl: Die Mitglieder aller in Berlin bestehenden Tischlervereine zur nächsten Versammlung durch Säulenanschlag einzuladen und darauf hinzuwirken, daß sich die kleineren Vereine dem Fachverein der Tischler anschließen, um so ein einheitliches Ganzes zu bilden. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung: „Verschiedenes“, erklärten die Herren Klingner und Robert Weber, daß sie von ihrer Meinung, die frühere Lohnkommission trage doch wohl nicht die Schuld, die man ihr aufbürde, durch Einsicht in die Bücher und Papiere der Revisionskommission zurückgekommen seien und verurtheilten sie die Wirtschaft und Handlungsweise der Lohnkommission aufs schärfste. Herr Schmitz ging so weit, daß er auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials Herrn Ködel des Betruges an den Berliner Tischlergesellen beschuldigte. (Redner) halte es unter seiner Würde, ferner noch in eine von Herrn Ködel einberufene Versammlung zu erscheinen. Er wunderte den traurigen Muth des Herrn Ködel, der es nach längerer Zeit fertig gebracht habe, öffentlich vor die Augen Berlins zu treten. (Beifall.) Der Vorsitzende schloß die Sitzung mit einem Hoch auf die Einigkeit der Berliner Tischler, welches die Versammelten begeistert einstimmten — um 8 1/2 Uhr die mit Ruhe und Würde verlaufene Versammlung. Bei der anwesenden Kaffree des Fachvereins der Tischler ließ sich eine große Anzahl der Anwesenden in den Verein aufnehmen.

* **Eine öffentliche Versammlung der Klempnergesellen** von der Innung der Berliner Klempnermeister einberufen, tagte am Sonntag Vormittag im Luisenstädtischen Konzerthaus unter Vorsitz der Herren Otto und Fichtner. Die Tagesordnung war: „Wahl eines Gesellenausschusses“. Vor Eintritt in die Tagesordnung schlug Herr Quintern vor, die Versammlung möge sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen Rumow von den Sigen erheben, welches unter bestiger Zustimmung einiger Innungsanhänger geschah. Referent Herr Meister Langenbuecher bereitete sich über die Vortheile eines Ausschusses, indem es notwendig sei, daß die Gesellen mit den Meistern Hand in Hand gehen, unter dem Scepter der Innung. Der Referent fand jedoch bei der Versammlung keinen Widerspruch, indem dieselbe der Meinung war, daß die Interessen der Innungsmeister denen der Gesellen strikte gegenständen und lehnte die Versammlung die Wahl eines Gesellenausschusses ab. Der zweite Vorsitzende Herr Fichtner denunzirte die Fachvereine als eine „Politische Demagogie“ diese Behauptung wurde unter dem Beifall der Versammlung von Herrn Quintern als eine Lüge bezeichnet.

Dr. Im Fachverein der Schlosser hielt am Sonntag den Prediger emer. Herr Kendoria einen Vortrag über: „Wohl und Mehrerth“. Der Vortragende legte dar, daß das gegenwärtig herrschende System der Bekverhältnisse und der untafflichen Produktionsweise es mit sich bringe, daß das allgemeine Wohl der Gesellschaft, welches zu fördern der Staat des Staates sei, untergraben werde, dies sei gegenwärtig nur den arbeitenden Volklassen, sondern auch den Staatsregierungen zum Bewußtsein gekommen. Letztere fangen an Befehle irdacht zu sein, durch welche der Ausbeutung der Arbeiter durch die Arbeitgeber Schranken gesetzt werden. Vortragende hob hervor, daß auf die Verthe, welche die Arbeiter ohne Juthum menschlicher Arbeit liefern, alle Menschen gleiches Anrecht haben, daß Kapital allein keine Verthe erzeuge, daß mithin auf die Mehrerthe, welche durch die Arbeit geschaffen werden, die die Arbeit leistenden ein größeres Anrecht haben, als ihnen bis jetzt von den Kapitalgebern zugesprochen wird. Als Mittel zur Beseitigung solcher Zustände auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens empfahl der Vortragende Vertheilung der Arbeit und Durchsetzung von Löhnen, die zu menschenwürdigen Familienerzielen ausreichen. — Zur Diskussion nahmen die Herren Vöhlke, Miethe, Köpfer, B. Schule, Kluge und Bügöl das Wort, um sich zu äußern und ergänzend zu den Ausführungen des Referenten sprechen. Nachdem wurde berichtet, daß Herr Opay, der bisher der Vofals, in welchem die Mitglieder der Arbeitsnachweis-Kommission den Arbeitsnachweis besorgen, sich bereit erklärt habe, unter Kontrolle des Vereins den Arbeitsnachweis für Schlosser zu führen und zu jeder Tages- und Adressen anzunehmen und auszugeben. Die Versammlung nahm das Anerbieten des Herrn Opay an. Die Kommission zur Kontrolle wurde aus den Herren Vöhlke, Grunzel und Vöhlke theil zusammengesetzt. Ein Antrag auf Gründung einer Unterstützungs-kasse für arbeitslose Mitglieder des Fachvereins wurde abgelehnt.

Große Volksversammlung am Dienstag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr in der Tonhalle, Friedrichstraße 112. Tagesordnung: Des Nord-Offize-Kanal vor dem deutschen Reichstag. Referent: Wilhelm Hasenclever, Mitglied des Reichstags.

Arbeiter-Bezirksverein der Friedrichstadt. Dienstag Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Rieff's Sälen, Kommandantenstraße 71—72. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Ritan. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Arbeiter-Bezirksverein „Unberagt“ im S. B. freie. Dienstag, den 9. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Lokale des Herrn Jacobi, Landbergerstraße 82. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Pred. emer. Kendoria. 2. Verschiedenes. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Gäste willkommen Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband deutscher Zimmerleute (Vofalocher Berlin C.). Dienstag, den 9. d. Mts., Abends 8 Uhr, Versammlung mandantenstraße 77/79, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Eingegangene Anträge. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.

Fachverein der Mechaniker, Optiker, Instrumentenmacher, Chirurgischer und anderer Instrumentenmacher. Dienstag, den 10. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeld, Grenadierstraße 33, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Ausgabe der Quittungsbücher. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Rauchklub „Zum Brangel“. Jeden Dienstag 8 1/2 Uhr im Restaurant, Brangelstraße 32.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 8. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Voetischer, v. Burchard, v. Caprioli, v. Bronsart, v. Stephan und Kommissarien.

Bei der dritten Erörterung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bürgschaft des Reichs für die Finsen einer ägyptischen Anleihe bemerkt

Abg. Kasper (Soz.): Ich war bei der ersten und zweiten Lesung krank, sonst hätte ich schon damals dafür gesorgt, daß sich in der deutschen Nationalvertretung wenigstens eine Stimme gegen das ganz neue Prinzip der Unterstützung der goldenen Internationale durch das Reich erhob. Zum ersten Male garantierte die Reichsregierung und Reichstag ohne Opposition Rothschild und seinen Verbündeten die Finsen für ihre Geldspeculationen. Es schwebte dazu die Stöcker und v. Hammerstein, die sonst in Versammlungen und Zeitungen, so oft von Rothschild und seinen Freunden die Rede ist, und als in Judenherlichkeit verkommen darstellen. Sie greifen eben immer nur die armen Juden an, wie noch jüngst bei der Polendeckelung; wenn es an die reichen Juden geht, dann lassen sie Hand und Mund davon. Durch diese Vorlage stellt sich das Reich zum ersten Male mit seiner Kraft hinter eine gewöhnliche Geldspeculation und übernimmt damit für alle sich an diese Anleihe anschließenden Speculationen die volle und ganze Verantwortung. Sie ist nur eine neue Schuld, zur Verhütung der alten Gläubiger kontrakt. Die ohne die Garantie der Mächte nur gegen sehr hohe Wuchersinsen kontraktiert werden konnte. Die Finanzen Ägyptens werden dadurch kaum geregelt werden, denn es steht so wie so vor dem Bankerott. Schon vor dieser Anleihe leistete England in Verbindung mit Rothschild einen Vorstoß, der den Einspruch Frankreichs im Interesse aller französischer Gläubiger und damit eine tiefe Störung des Verhältnisses Frankreichs zu England hervorrief. Spätere Veränderungen als Folgen der Garantie sind also nicht für Deutschland ausgeschlossen. Die Motive der Vorlage stellen es leider nicht zur Gnüge dar, wie durch und durch Ägypten verschuldet ist, und daß es das System, die alten Gläubiger immer nur durch neue Schulden, die auf die alten gestopft werden, zu beruhigen, auch in Zukunft nicht verlassen wird. Für die neue Anleihe werden die Eisenbahnen zum zweiten Male, also zum Nachteil älterer Gläubiger, verpfändet und die gleiche Schädigung kann in Zukunft auch das Reich für seine Bürgschaft erleiden. Das internationale Kapital hat Ägypten vollkommen ausgepreßt. So dringlich war die Anleihe, deren Garantie als gefahrlos geschildert wird, daß man die konstitutionelle Vorschrift, erst den Reichstag zu hören, nicht erfüllte, denn die Sache hatte Eile: schon im August vorigen Jahres konnte Ägypten seine Beamten nicht bezahlen, noch sonst die Kosten seiner Verwaltung decken. Rothschild, Bleichröder und ihre Freunde wußten, daß die Anleihe im gewöhnlichen Wege nicht unterzubringen, daß dabei große Geldgewinne, vielleicht für Herrn v. Bleichröder der Ursprung für seine Auslagen beim Ankauf von Schönhausen, nicht zu finden waren. Möglicherweise geschäft erst mit Hilfe des Reichs durch die Bürgschaft, die alle Großmächte übernahmen. Auf eine Milliarde schätzte der Finanzminister v. Scholz den deutschen Besitz an ausländischen Werten, und das wird begrifflich bei einer Politik, welche das deutsche Kapital ins Ausland treibt, während die ausländischen Unternehmungen nach Kredit suchen, welche Deutschland allen Gefahren aussetzt, die Frankreich durchgemacht hat, das so manchen Krieg für französische Gläubiger gegen ausländische Schuldner geführt hat. Der Antheil deutscher Häuser an der Entschädigungssumme für die Beschießung Alexandriens ist ungleich geringer, als die Garantie, die das Reich für ein Anleihen übernimmt, abgesehen von dem wunderlichen Verhältniß, daß die Mächte selbst das Geld aufbringen, mit dem ihre Angehörigen von Ägypten entschädigt werden sollen. Ägypten doch Rothschild und seine Verbündeten, diese großartig umhüllten Finanzinstitute, selbst die Bürgschaft übernehmen! Wie kommt aber der deutsche Arbeiter, Handwerker und Bauer dazu, sie für internationale Geldspeculanten zu tragen? Welche Partei wird daher gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Windthorst: Die Vorlage ist bei der ersten und zweiten Lesung nach meinem Dafürhalten nicht genügend erörtert worden. Ich bin zwar nicht der Meinung des Vorredners, daß sie bestimmt sei zur Unterstützung der internationalen Geldmächte, sondern doch es sich bei ihr um einen Akt der großen Politik handelt, welcher bestimmt ist, den Frieden, namentlich im Orient, welcher bestimmt ist, den Frieden zu erhalten. (Zurücknahme.) Doch ist die Frage, ob wir uns für 9 Millionen Pfund solidarisch verbürgen sollen für

Ägypten, dessen Verwaltung und Finanzwesen doch keineswegs musterhaft ist, so ernster Natur, daß wir sie nicht ohne gründliche kommissarische Prüfung erledigen sollten. Ich würde sonst heute dagegen stimmen müssen. Ich beantrage deshalb, diese Vorlage an die Budgetkommission zur Berichterstattung zurückzuverweisen. Dort wird auch das auswärtige Amt Gelegenheit haben, diejenige Auskunft zu geben, welche es für nützlich und notwendig erachtet. Es ist dies die erste Bürgschaft, die uns zugemutet wird und von der ein peluniärer oder sonstiger materieller Vortheil für uns nicht zu erwarten steht. Der Vortheil liegt nur in der europäischen Stellung Deutschlands und in der möglichen Sicherung des Friedens.

Abg. Bamberger: Der Vorredner schließt wohl mit Unrecht aus dem Schweigen der Parteien bei der ersten und zweiten Lesung der Vorlage, daß sie nicht mit der nöthigen Achtung verfolgt worden sei. Meine politischen Freunde und ich haben sie sehr aufmerksam verfolgt, sind aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie unsere Zustimmung verdient, zwar nicht, wie der Abg. Kasper ausführte, im Interesse der Geldmächte, sondern weil es sich, wie der Abg. Windthorst sagte, hier um einen politischen Akt, um die Stellung Deutschlands als europäische Großmacht in dem europäischen Konzert, und um eine seiner Politik und Nachstellung entsprechende und notwendige Mitwirkung an jenem Akt handelt. Das Risiko des Reichs ist in diesem Fall nicht hoch anzuschlagen. Wir schweben in den ersten beiden Lesungen, weil wir glaubten, daß es Sache der Regierungen sei, selbst die etwa notwendige Mitwirkung ihrer Vorlage zu geben. Die freisinnige Partei hat um so weniger die Aufgabe, die Regierung zu vertheidigen, als der Reichstanzler, wie er einmal sagte, vor jeder Unterstüßung von unserer Seite einen Schrecken bekommt. Einer Kommissionsberatung wird sich natürlich Niemand von uns widersetzen.

Die Vorlage wird nahezu einstimmig der Budgetkommission überwiesen.

Das Haus tritt darauf in die dritte Beratung des Reichshaushaltsetats ein.

Abg. Viebahn: Auf die Vorlesung im preussischen Abgeordnetenhaus zurückzuführen, würde der Würde des Reichstags um so weniger entsprechen, als jenes Haus eine verhältnismäßig untergeordnete Körperschaft ist, die nicht wie der Reichstag aus dem allgemeinen direkten, sondern aus dem „denkbar schlechtesten“ Wahlsystem hervorgegangen ist. Jedenfalls ist Fürst Bismarck gerade für die Sache der Polen der beste Vorläufer; seine Reden haben das öffentliche Gewissen mehr aufgeregt, als dies von polnischer Seite je möglich gewesen wäre. Ich will für jetzt auf eine andere Thatsache, die leider in letzter Zeit nicht allgemein genug beachtet worden ist, hinweisen, aus der auch zu ersehen ist, wie in Wahrheit in Deutschland den Zwecken des Auslandes dient. Die russischen Finanzen nähern sich schon seit den sechziger Jahren in Folge anhaltender Misserwirtschaft mehr und mehr dem Bankerott. Anleihen auf Anleihen nahm Rußland auf, bis es zuletzt weder in London, noch in Paris mehr Geld bekam, weil beim Mangel jeder parlamentarischen Kontrolle das russische Defizit wuchs. Da halfen ihm Bleichröder und die preussische Seehandlung aus der Verlegenheit; sie brachten eine hundertprozentige russische Anleihe, ein Binsfuß, den nur ein bankrotter Staat gewährt, zu Stande. Das deutsche Publikum wußte, daß der Patron Bleichröder der Fürst Bismarck, der Patron der Seehandlung der preussische Staat ist. Im Vertrauen auf diese beiden Autoritäten hat das Publikum die Anleihe um nicht weniger als um das vierzehnfache überzeichnet! Wie schwach die Auskunft darauf ist, daß die hergegebenen Millionen niemals zurückgezahlt werden, beweist das geringe Vertrauen des Auslandes zu Rußland. Als der afghanische Konflikt drohte, warf England sofort seinen Besitz an russischen Anleihen auf den deutschen Markt, und wir werden sie schwerlich jemals wieder los. Was waren nun die Folgen dieser ruffenfreundlichen Politik Bismarcks? Hätte er die Anleihe nicht zugelassen, so konnte Rußland nicht neue Militärbahnen bauen; es mußte eine parlamentarische Kontrolle seiner Finanzen einführen, die abscheuliche Grenzsperrungen aufheben und durfte nicht wagen, die schmachvollen Verfolgungen der Deutschen in den Discepolenzen fortzusetzen. Statt die Russen hierzu durch Vorkontrolle peluniärer Unterstützung zu zwingen, hat man ihnen bedingungslos, ohne Gegenleistung die Mittel gewährt, ihre Miswirtschaft fortzusetzen bis zum unermesslichen finanziellen moralischen und politischen Krach. Wer vertritt denn nun eigentlich die Interessen des Auslandes? (Unruhe.)

Abg. v. Kardorff: Durch Sparsamkeit und Abstriche im Etat ist das Defizit noch nicht zu beseitigen, weil die notwendigen Ausgaben des Reichs nicht wachsen und nur durch Bewilligung neuer Einnahmen zu decken sind. Dabei bedeuten die 9 Millionen, die Sie aus dem Etat gestrichen haben, keines-

wegs in Wirklichkeit eine Ersparnis. Daß sie die Vermehrung der Rationen für die Militärsperde verlagert haben, ist höchst bedauerlich. Die jetzige Ernährung dieser Pferde ist notorisch absolut ungenügend im Verhältnis zu den Leistungen, die heutzutage verlangt werden müssen. Ebenso würden Sie, wollen Sie nicht unsere Wehrfähigkeit und unsern Handel aufs höchste gefährden, am Marineetat auf die Dauer nicht ersparen können, auch wenn sich die Kolonialpolitik thatsächlich im allertengsten Rahmen hält. Uebrigens kommt es mir vor, als ob Sie am Marineetat erst Abstriche zu machen beginnen, seit Herr v. Stofch nicht mehr im Amte ist. Trotz der gestrichenen Millionen ist immer noch ein bedeutendes Defizit geblieben. Wie wollen Sie dies beseitigen? Die Verwindung der schweren in leichte Kavallerie und die Abkürzung der Dienstzeit, wie Herr Richter das will, würde, selbst wenn beide Maßregeln thunlich wären, nicht zu bedeutenden Einsparnissen führen. Der Ausbildung des indirekten Steuerwesens aber, dem einzigen Mittel, unsere Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen und die überlasteten Kommunen in den Einzelstaaten zu erleichtern, widersetzen Sie sich andauernd hartnäckig. Ja, Herr Richter, der früher nur unter der Bedingung neue Einnahmen bewilligen wollte, daß zuerst der Branntwein stärker herangezogen würde, ist in seiner Agitation gegen das Branntweinmonopol jetzt dahin gekommen, daß er in seiner „Freisinnigen Zeitung“ bereits erklärt, er könne einer Erhöhung der Branntweinsteuer überhaupt nicht zustimmen. (Hört! hört!) und: Sehr gut! recht!) Sie werden die Regierungen auf diese Weise in der That zwingen, den Schwerpunkt der parlamentarischen Aktion aus dem Reichstag in die Einzelparlamente zu verlegen. Durch die Resolution in der Ausweisungfrage haben Sie in der That das Ansehen und die Würde des Reichstags gefährdet, indem Sie einen Beschluß faßten, von dem Sie von vornherein wußten, daß er keinen oder höchstens den entgegengesetzten Erfolg dessen, was Sie beabsichtigten, haben würde. (Oh! im Centrum.) Nachdem die Regierung hier erklärt hatte, über die Ausweisungfrage im Reichstag keine Auskunft geben zu wollen, war es gewiß höchst bedenklich, daß Sie gleichwohl versuchten, die preussische Regierung in einer Frage vor Ihr Forum zu ziehen, die jedenfalls das Gepräge einer Aktion im nationalen Sinne trug. Durch Ihre fortwährende Wiederholung des Antrages auf Gewährung von Diktanden werden Sie höchstens das Gegenteil von dem erlangen, was Sie erstreben; denn das geheime direkte Wahlrecht ist nur unter der Voraussetzung der Diktandenlosigkeit zustande worden; und wenn Sie immer von Neuem Diktanden verlangen, so drängen Sie die Regierung dahin, auf Befestigung dieses Wahlsystems hinzuwirken. Ich gebe keiner Partei an der erfolgten Schmälerung des Ansehens dieses Hauses eine bestimmte Schuld; peccator intra muros et extra. Aber ich bedauere schmerzlich, daß alle Parteien bestrebt sind, sich gegenseitig anzueinden. Die Geschichte zeigt, wie leicht die Deutschen in Zwiespalt zu bringen sind, den dann stets das Ausland für seine Zwecke auszunutzen wußte. Deshalb suchen Sie statt der Aneindung Verständigung, statt der Trennung Einigkeit! So lange unsere Politik vom Fürsten Bismarck geleitet wird, habe ich keine Besorgnisse. Wie soll es aber in Zukunft werden, wenn einmal die Sägel der Regierung in schwächeren Händen liegen, und wenn dann der Reichstag nicht das ist, was er sein soll: der Hort der Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit der Nation! Bedenken Sie die Ursache der jetzigen Wirrnisse nur nicht dem Reichstanzler schuld; greifen Sie an Ihre eigene Brust und fragen Sie sich, ob Sie selbst nicht viel mehr gethätig haben. Ich halte die gegenwärtige Situation für gefährdend; es ist dringend notwendig, daß alle Parteien endlich den Weg der Verständigung suchen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Der Abg. von Kardorff hat eine scharfe Kritik an den Ersparnissen geübt, welche wir auf Vorschlag unserer Kommission, gemacht haben, aber die zu einer solchen Kritik gehörigen Abänderungsanträge nicht gestellt. Ich verstehe darum sein Vorgehen nicht recht. Er meinte sodann, wir würden dem früheren Chef der Admiralität gegenüber freigebiger gewesen sein. Ich achte den jetzigen nicht minder hoch und schlage keinem Minister so ungern etwas ab, wie ihm, weil er nicht nur seine Forderungen scharf und präzis vertheidigt, sondern im Allgemeinen auch sparsam ist. Daß die Forderungen in seinem Etat jetzt höher sind, liegt nicht an ihm, sondern an einer besonderen Tendenz, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will. Die Behauptung, man sehe dem jetzigen Chef nicht so freundlich gegenüber, muß ich entschieden zurückweisen. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Ebenso unbedenklich ist die Behauptung, wir seien keine Freunde der Kolonialpolitik. Wir sind keineswegs gegen die Erweiterung und Ausbildung von Kolonien und kolonialen Verhältnissen, aber wir bedenken die Art, wie sich die Sache ausdehnt, man verlegt dabei andere Interessen, wie ich bei den Missionen-

Nach Drammen.

Nach dem Norwegischen des Alex. Kielland.

Von J. D. Biegeler.

Meine Schwester wollte nach Modum reisen. Die Eisenbahn nach Drammen existierte damals noch nicht und es war eine entsetzlich lange Fahrt in der Kariole von Christiania nach Drammen. Aber es galt, hinzukommen — hopp — bei Zeiten aufzubrechen — hopp, hopp — zur rechten Zeit in Drammen zu sein, früh genug zu dem Eisenbahnzug zu kommen, der um zwei Uhr Nachmittags nach Modum abging — hopp. Großer Gott, wenn der Zug fort wäre — warten zu müssen bis zum nächsten Tage! — allein in Drammen! Meine Schwester ermunterte die Postkutschen durch Tringelder und die Pferde durch kleine Stiche mit dem Regenschirm; aber sowohl die Zahl der Pferde, wie der Jungen war groß auf dieser Route und bei dem häufigen Wecheln ging viel Zeit verloren. Zuerst mußte das Gepäck auf die neue Kariole gebracht werden; da war der große Koffer und der kleine, der Plaidriemen, der sich auf und das Buch, der Regen- und der Sonnenschirm, das Bouquet und das Buch. Dann mußte bezahlt und gerechnet und gewechselt werden und dann war das Portemonnaie so unregelmäßig vollgepfropft, daß die Dreißillingstücke wie Regentropfen auf die Erde rieselten, ein blanker Silberhalter über den Hügel schwang, wie ein Schlittschuh und hinter dem Ofen verschwand; der mußte wieder hervor, denn er sollte gewechselt werden, aber es fand sich Niemand, der das konnte. Sobald sich das neue Pferd im Posthof zeigte, sprang meine Schwester resolut hinaus und

schwang sich auf die Kariole. „Vielen Dank! — So, jetzt bin ich fertig, nun vorwärts! Leben Sie wohl!“ Aber dann kam ihr alles nachgelaufen, der Regen- und der Sonnenschirm, der Plaidriemen, der sich auflöste, das Bouquet und das Buch; alles wurde ihr zugeworfen und wie Bälle von ihr aufgefangen, so daß sie es bis zum nächsten Wechsel in den Händen halten mußte, während die biedere Frau des Posthalters ihr mit ihrem eigenen Taschentuch, daß sie ihr nicht mehr zuwerfen konnte, sanfte Abschiedsgrüße zuwinkte. Obgleich sie nun auf diese Weise sich bei nichts aufhielt und keine Minute Zeit verlor, war die Fahrt doch ungemein spannend, namentlich zuletzt, als meine Schwester, ohne sich umzusehen, von den Hügeln bei Gjellebæk herunterraselte und Drammen vor sich im Thal liegen sah. Es waren aber auch nur noch wenige Minuten übrig.

Nun war sie unten in der Stadt; „in Drammen, in Drammen!“ murmelte meine Schwester und blickte frohlockend umher. Wie eine Feuerspritze jagte sie durch die Straßen nach der Station. Es war Alles bezahlt, sie brauchte nur herauszuspringen; als sie aber zur Bahnhofsuhr empordrückte, war der lange Zeiger gerade im Begriff die römische Zwölf zu passieren. Ohne den Muth zu verlieren, sprang meine Schwester vom Wagen, las ihre Siebenfachen zusammen und stürzte ins Wartezimmer. Es war ganz leer. Aber der junge Mann am Schalter, der die Billets ausgegeben hatte und gerade im Begriff stand, das Fenster herunterzulassen, bemerkte diese letzte Dame und war gutmüthig genug, zu warten. „Ein Billet! — um Gottes willen! — Ein Billet nach Drammen! — Was kostet es?“ — „Wo wollen Sie hin, mein Fräulein?“ fragte der gutmüthige, junge Mann. — „Nach Drammen!“ — hören Sie; aber späten

Sie sich doch, ich bin überzeugt, der Zug geht ab.“ — „Aber, mein Fräulein,“ sagte der junge Mann mit einem bescheidenen Lächeln, „Sie sind ja in Drammen.“ — „Ach ja, um Verzeihung! das ist wahr; nach Modum will ich, nach Modum.“ — Sie bekam ihr Billet, raffte ihre Sachen wieder zusammen, nahm ihr Portemonnaie zwischen die Zähne und eilte auf den Perron hinaus. Hier wurde sie sogleich von kräftigen Händen ergriffen, emporgehoben und glimpflich in ein Koupee geworfen. „Biff!“ sagte die Lokomotive ungeduldig und machte einen Ruck, daß alle Wagen an einander stießen. Meine Schwester lehnte sich in ihrem gepolsterten Sitz zurück — glücklich, triumphirend; sie war früh genug gekommen. Vor sich, auf dem anderen Polster, hatte sie alle ihre lieben Sachen ausgebreitet, die ihr gleichsam zuzulächeln schienen. Da lag Alles traulich beisammen: der Regen- und der Sonnenschirm, der Plaidriemen, der sich aufgelöst hatte, das Bouquet und das Buch. Da, als der Zug sich langsam in Bewegung setzte, hörte sie die schweren Schritte eines Mannes — trapp, trapp — eines Mannes, der auf dem Perron neben dem Zug herlief, und obgleich es sie ja gar nichts anging, wollte sie doch gerne wissen, weshalb der Mann so lief. Aber kaum war der Kopf meiner Schwester am Fenster zum Vorschein gekommen, als der Mann, welcher lief, die Arme schwenkte und jubelnd ausrief. „Da ist sie, da ist sie — die Dame, die zuletzt kam!“ Er verdoppelte seine Anstrengung, war bald neben ihrem Fenster und fragte leuchtend: „Wohin sollen wir ihre Koffer nachsenden, Fräulein?“ — „Nach Drammen!“ rief meine Schwester mit lauter und fester Stimme, „nach Drammen!“

Und damit fauste sie von dannen.

verhältnissen ausgeführt habe. Jeder Versuch, zu sparen, kann nicht energisch genug unterstützt werden, denn unter der Höhe direkter und indirekter Steuern wird im Lande schwer geleistet, und ich bin sicher, kein Deutscher aus dem Lande zu hören, wenn ich sage, wir müssen uns mit unserem Gelde jetzt einrichten. (Sehr gut! links und im Centrum.) Nach Herrn v. Kardorff geniesst der Reichstag im Lande nicht mehr das Ansehen, das er beanspruchen muß. Wenn freilich ein Reich wie Deutschland bloß aus der zwei Augen eines Ministers besteht ist, dann ist es mit ihm schlecht bestellt. (Wohlfahrt! Zustimmung links und im Centrum; Unruhe rechts.) Die Männer an der Spitze mögen noch so verdient sein, Deutschland hat noch immer die Männer erzeugt, erzogen und getragen, welche es zu regieren im Stande waren. (Zuruf rechts: „Na! na!“) Als ob der Reichstagler der einzige Mensch in der Welt wäre, der Deutschland regieren kann! (Sehr wahr! rechts; Widerspruch.) Dadurch wird die Bedeutung des Reichstages herabgedrückt, daß man auf einen Mann das ganze Gewicht legt und verlangt, der Reichstag solle ihm unbedingt folgen. Die Geschichte lehrt aber, daß Parlamente dann stets am höchsten standen, wenn sie den Rath hatten, einem allgemeinen Minister gegenüber zu treten. (Sehr gut links und im Centrum.) Der Mangel an Ansehen des Parlaments kommt auch bei uns nicht zum geringsten Theile daher, daß die Majorität versucht hat, die Minorität zu unterdrücken. Die Katholiken sind in ihren berechtigten Rechten gekränkt worden. Machen Sie es anders, und es wird sich Vieles bessern! (Beifall im Centrum.) Dann hat er als besonderen Grund noch das Verhalten des Reichstages in der Polenfrage angeführt. Ich weiß nicht, wie man dazu kommt, eine Bevölkerung von einigen Millionen, die in unserem Staatsleben volle Berechtigung haben, so zu beunruhigen? Die Polen sind unsere Mitbürger, und wir müssen ihre Rechte respektieren, wenn wir auch wünschen mögen, daß sie Deutsche wären. Wie kann man ihnen so ohne Weiteres den Krieg ankündigen, wo sie nichts Ungebührliches gethan haben! Beweise hat man nicht erbracht, nicht einmal versucht, zu bringen, nur Behauptungen aufgestellt. Wir sollen es veranlassen haben, daß sich die verbündeten Regierungen jetzt mehr auf das preussische Abgeordnetenhaus stützen! (Weiterkeit!) Ich weiß nicht, ob die Herren aus Bayern, Sachsen und Baden jetzt dorthin gehen werden. (Weiterkeit.) Ich sage dies nicht ohne Absicht. Ist denn der Deutsche Reichstag dazu da, die Bayern, Sachsen und Baden mehr zu beunruhigen zu machen? (Rufe rechts: Oh! Weiterkeit links.) Der Herr Reichsanwalt hat ja zugefagt, jetzt öfters im preussischen Abgeordnetenhaus zu erscheinen; das ist ja sehr erwünscht, denn es bringt dort mehr Leben. (Weiterkeit.) Aber war denn das Vorgehen des Reichstages nicht ein Gebot der Gerechtigkeit und der Humanität? Jetzt will man den Vorzug des deutschen Charakters, daß er sich schwer entschließt, etwas Inhumanes zu thun, als Vaster hinstellen. Da muß ich mich fragen, ist denn in der That mit den Staatsverhältnissen auch der Grundcharakter des deutschen Gemüths verdorben worden? Das unbedeutende Festhalten des Reichstages an dem, was er für Recht hält, kann und wird sein Ansehen nur erhöhen, das beweisen die mir von allen Seiten zukommenden Manifestationen. Es ist allerdings bezeichnend, daß die, welche früher die Allmacht des Reichstages nicht genug rühmen konnten, welche täglich die Kompetenz desselben auf Kosten der Einzelstaaten vermehren wollten, — daß diese jetzt, wo sie einmal etwas erleben, was ihnen nicht angenehm ist, plötzlich den Rücken kehren, in das Abgeordnetenhaus laufen und Gegen demonstration machen. (Wohlfahrt! Beifall links und im Centrum.) Die ganze Sache im Abgeordnetenhaus war eine gemachte (Widerspruch rechts), und so erleben wir nun, daß jetzt das preussische Abgeordnetenhaus gegen den Reichstag ausgespielt wird, genau wie früher der Reichstag gegen die übrigen Einzelstaaten. (Sehr gut! links und im Centrum; lebhafter Widerspruch rechts.) Den Drohungen des Reichsanwalts gegenüber bin ich der Ansicht, daß uns noch ein sehr großes Penium übrig bleiben wird. Man wird immer noch Steuern nöthig haben und Arme und Marine dotiren müssen. Also nicht bange, wir werden den Reichsanwalt auch hier wiedersehen. (Weiterkeit.) Lesen Sie die Rede des Herrn v. Kardorff recht genau. Sie enthält eine Ergänzung dessen, was Herr v. Beldorff gesagt hat, und wirft etwas Licht auf die Drohungen des Kanzlers vom Tage der Polenschlacht im Abgeordnetenhaus. Nein, Herr v. Kardorff, die Verfassung ist vertragsmäßig konstitutirt, vom Reichstage genehmigt und vom Kaiser publizirt. Ohne unsere Zustimmung können die Regierungen von nichts zurücktreten. (Beifall links.) Sollte man vernehmen, diese Basis zu verschieben, dann wird das deutsche Volk begreifen lernen, was der deutsche Reichstag vermag. (Beifall links.) Es ist an der Zeit, solche dunklen Andeutungen, Anspielungen und Fälschungen sofort anzuzureifen, damit das ganze Volk gleich weiß, was in den Köpfen dort (rechts) spult. Herr v. Kardorff wird vielleicht Gelegenheit nehmen, morgen in der „Post“ zu erklären, daß er nur für sich allein gesprochen habe. (Weiterkeit.) Dann sagt wahr scheinlich übermorgen die „Post“, nein, er hat doch für die Partei gesprochen. (Weiterkeit.) Das sind so Fühler und kleine Einbrüche in das feindliche Land, um zu rekonnostriren. Sie haben rekonnostrirt; ich antworte: die Verfassung des Deutschen Reichs besteht auf Gesetz und kann ohne Gesetz nicht geändert werden, und wenn es anders geschähe, dann wäre es ein Bruch. (Beifall links und im Centrum.) Dies wird vielleicht genügen, um zu zeigen, auf welchem Wege wir sind. Ich mache die Reue nicht mit, sondern werde dem Wagen in die Speichen fallen so oft und so kräftig, als es in meiner Macht steht. Wenn wir Alle uns die Verhältnisse recht klar machen und das Wohl unseres gemeinsamen Vaterlandes ins Auge fassen, dann werden wir Alle derartige Pläne unterdrücken und uns mit aller Macht bemühen, die Hand und wechselseitig zu reichen, um zum Frieden zu kommen. Wir sind nicht hier, um uns zu bekämpfen und Parteien im Lande zu machen, sondern um gemeinsam das Vaterland nach Kräften zu fördern. Das aber können wir nur, wenn wir überall Recht, Humanität und Billigkeit üben, und wenn wir uns offen und ernstlich sagen: die Institutionen, auf denen das Reich steht, sind unüberbrücklich fest und unerschütterlich. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Dr. Dänel: Für so dunkel, wie der Abg. Windthorst ihn hinstellt, halte ich den Hintergrund dieser Debatte denn doch nicht. Ich halte es für ausgeschlossen, denn es wäre eine Verkürzung des Reichstages, die ich einem verständigen Mann gar nicht zutraue, daß man irgendwo in Deutschland daran denkt, ohne Mitwirkung des Reichstages auch nur ein Theilchen der Verfassung abzuändern. Es wäre dies nichts anderes als die Revolution und getödtet als Hoch und Landesherrath vor den Richter. Wir werden die Reue weder nach der unthätlichen, noch nach der thätlichen Richtung mitmachen, sondern festhalten an der Verfassung, wie sie geht und steht, als Ausgleich beider Richtungen und als Grundlage unserer politischen Wirksamkeit auf lange Zeit. Das können wir aber nicht verkennen, daß unsere Einrichtungen ganz wesentlich auf den Leib des Reichsanwalts zugeschnitten sind und in einer Weise interpretirt und gehandhabt werden, die durchaus abhängig ist von den persönlichen Impetibus, den augenblicklichen Eingebungen des Reichsanwalts, nicht von allgemeinen Gesichtspunkten. In solchen Eingebungen rechne ich auch den Versuch, den preussischen Landtag gegen den Reichstag auszuspielen, eine Politik nicht aus höheren Gesichtspunkten, sondern ab irato, die allerdings das Ansehen des Reichstages sehr vermindern kann und durch unsere Obstruktionspolitik veranlaßt sein soll. Als Belohnung für dieselbe führt Herr v. K. sehr mit Unrecht einzig und allein den „Polenbeschluß“ und das Verhalten einzelner

Parteien in der Diätenfrage an. Das doch der Reichsanwalt selbst i. J. Herrn v. Bennigsen zugestanden, daß Privatdiäten nicht unter das Verbot der Verfassung fielen. Wenn nun die eine oder die andere Partei auf Grund dieser Erklärung von dem Nichtverbot Gebrauch gemacht hat, so kann man dies vom politischen Standpunkt für nicht schön und gut halten. Ich selbst bin im höchsten Grade dagegen eingenommen. Aber haben wir denn nicht der Reichsregierung einen Ausweg gezeigt in der Bewährung von Reichstagsdiäten? Der Reichsanwalt hat doch selbst gesagt, die Frage, ob später Diäten zu bewilligen, sei der Entwicklung der Gesetzgebung anheimzustellen. Und nun der Vorwurf der Obstruktionspolitik? Darin ist nicht die mindeste Logik. Folgt die Ausweisungsbangelegenheit. Herr v. K. hält die Germanisirung der Ostprovinzen für eine nationale Frage und nun soll die Vertretung der deutschen Nation nicht berufen sein, ein Wort darüber mitzusprechen, ob diese Maßregel zweckmäßig ist? Und wir haben unsere Meinung ausgesprochen in der denkbar mildesten Form. Obstruktionspolitik treibt hier nach jeder, der es wagt, von der Meinung des Reichsanwalts abzuweichen. Allerdings, das Ansehen des Reichstages ist schwer bedroht, wenn man jede partikularistische Regierung gegen den Reichstag ins Treffen führen darf. Unser Ansehen ist gesunken, weil wir nicht mit genügendem Nachdruck Kritik üben, weil die Nachgiebigkeit mehr und mehr in diesem Hause zur Regel geworden ist, weil es anscheinend im Deutschen Reich nur einen Willen giebt. Manchmal sieht es sogar so aus, als ob diejenigen Institutionen, die in der Meinung des Volkes noch höher stehen, als der Reichstag selbst, nicht ausreichen, um den einen mächtigen Willen zu begrenzen, ihn in gewisse gemäigte Wege zu leiten. Dieses Gefühl der Machtlosigkeit aller sonstigen politischen Faktoren, auch der höchsten, gegen diese eine Person muß nicht nur das Ansehen dieses Reichstages, sondern überhaupt das Gegengewicht gegen eine Ministerialmacht vermindern. (Sehr wahr! links.) Ich glaube, daß wir diese gegenwärtige Krise überstehen werden und daß das Deutsche Reich den Zielen nationaler Entwicklung immer mehr entgegenzieht. (Beifall links.)

Abg. v. Benz (wegen anhaltender Unruhe im Hause fast unverständlich): Die Nationalliberalen haben niemals die Kompetenz des Reichstages in der Ausweisungsbangelegenheit bezweifelt. Auch im Abgeordnetenhaus haben sie ausdrücklich erklärt, daß es ihnen bei Einbringung ihrer Resolution fern gelegen habe, in die Rechte des Reichstages einzugreifen. Allerdings hat der Beschluß des Reichstages bezüglich der Polenausweisungen den nationalen Interessen nur schlecht entsprochen. Herr Simonis hat erklärt, daß jener Tag der schönste gewesen sei, den er erlebt. Wir haben uns zu dieser Höhe internationaler Gefühlsschwärmerei nicht emporschwingen können, und haben jenen Tag, wo Polen, Franzosen, Sozialdemokraten sich in ihren Sympathien zusammenfanden, in unserem Kalender als einen Tag nationaler Berührung angesehnen. Ueber das Branntweinmonopol will ich mich nicht äußern. Aber kann dasselbe den Grundfögen angepaßt werden, welche von der nationalliberalen Partei für die Reform der Branntweinsteuer aufgestellt sind, so wird sich die nationalliberale Partei nicht prinzipiell ablehnend gegen das Projekt verhalten.

Abg. Ricker: Sie verlangen wohl kaum, daß ich dem Vordredner antworte; er hat schwerlich im Namen seiner Freunde gesprochen. Ein Herr von der Presse verständigte mich heute bereits einen großen Entrüstungsumsturz wegen Neudreisach und des abgelehnten Aloisos. Der letztere ist nun allerdings durch unseren Antrag bereits in Sicherheit gebracht. Das scheint der Vordredner nicht gehört zu haben, er ritt noch auf dem Aloiso herum und entrüstet sich darüber. (Weiterkeit.) Er rief sogar die Franzosen an mit denen wir für ihre Revandeedanken verbündet wären. Jedenfalls wird ihm der Chef der Marineverwaltung für seine Unterstützung nicht dankbar sein. Herr v. Kardorff hat, wie es scheint, alle Gründe, für das Experiment, den Reichstag jetzt zurückdrängen, und das preussische Abgeordnetenhaus vorzuschleichen, vorgebracht; erstaut bin ich über die Schwäche dieser Gründe. Weiter haben Sie nichts anzuführen? Ich will die Ausführungen Hänel's noch in einem Punkt ergänzen. Herr v. Kardorff behauptet, die Marine leide jetzt darunter, daß die Majorität dem früheren Chef der Admiralität so viel Wohlwollen entgegengebracht habe, und er fragt uns; Hand aufs Herz, hätten Sie nicht Herrn v. Stosch Alles bewilligt? Herr von Kardorff sollte doch aus den Staatsberatungen wissen, daß wir Herrn v. Stosch niemals so viel mehr bewilligt haben, wie dem jetzigen Minister im vorigen und in diesem Jahr. Wir haben gegen denselben auch nicht an einem Punkt einen T del erhoben, im Gegentheil seine Verwaltung anerkannt. In früheren Jahren sind thatsächlich größere Abschnitte am Marineetat gemacht worden, als die unerblicklichen in diesem, und das ist Ihnen noch nicht genug? Wenn der Reichsanwalt sich im Jörn vom Reichstage abwendet zum preussischen Abgeordnetenhaus, lange wird's nicht dauern, denn es wird dem Abgeordnetenhaus viele Steuern kosten. 140 Millionen Lizenzsteuer hat er bereits beim ersten Besuch verlangt. Der Abg. v. Kardorff sollte sich doch davon überzeugen, daß wir, die wir in den Grenzprovinzen wohnen, das selbe nationale Interesse haben, wie er. Darum hat es sich nicht gehandelt. Man hat heute ausgewiesen, die nicht einmal polnisch sprechen, nie Sympathien für den Kolonialismus gehabt haben. Mit der Resolution des Abgeordnetenhauses ist auch nicht viel zu machen, denn einer der Antragsteller, Herr Hübner, hat sich in einem Sinne ausgesprochen, der uns sehr nahe ist. Nur die Massenausweisungen haben wir als der nationalen Sache schädlich bestimpt, und es wäre traurig, wenn die Regierung unsere Resolution nicht berücksichtigt. Wenn auf solcher Basis ein Zusammenwirken von Volksvertretung und Regierung nicht mehr möglich wäre, dann müßte man die Hoffnung aufgeben. Ich habe sie immer noch, daß die preussische Regierung, was an der Resolution richtig ist, beachte und die offenkundigen Härten beseitigen wird. Das ist ihre erste und heilige Pflicht. Wir werden diese Maßregel auch fernerhin im Auge behalten und pflichtgemäß Kritik üben. Der Abgeordnete v. Kardorff fragt, was wird dann, wenn der Reichsanwalt nicht mehr ist? Ich theile diese Besorgniß aus einem anderen Grunde. Das Volk hat allerdings ein lebhaftes Gefühl dafür, daß man systematisch darauf hinarbeitet, das Ansehen der Reichsvertretung herabzudrücken. Die Behandlung des Reichstages hat einen tiefen Eindruck im Volke gemacht. Wenn dasselbe erst zu dem Bewußtsein kommt, daß nur ein mächtiger Wille entscheidet, dann ist damit die größte Gefahr gegeben. Die Massen verlieren das Vertrauen zu denjenigen, welche berufen sind, im Parlamente Führer der Volkmeinung zu sein. Lassen Sie ein solches Gefühl über die Machtlosigkeit des jetzigen Reichstages nicht zu sehr auskommen! Sie rütteln damit an dem Vertauen, welches noch heute das Volk in die bedingenden und gebildeten Klassen setzt. Schwindet dieses Vertrauen, dann allerdings wird man nicht bloß über den Reichstag zur Tagesordnung übergeben, sondern noch über ganz andere Dinge. Wenn wir dem Reichsanwalt in einzelnen wichtigen Fragen opponiren, so thun wir es in der festen Ueberzeugung, daß nichts mehr die Monarchie und ihre Institutionen stützt, als eine kraftvolle, ihr Pflicht bewusste Volksvertretung. (Beifall links.)

Abg. v. Helderhoff: Der Abg. Windthorst hat in der Ausweisungsbangelegenheit heute wieder im Namen der „Humanität“ gesprochen. Unzeitige Humanität ist aber ein Fehler. Unsere Ziele in der Finanzpolitik gehen auf Vermehrung der Einnahmquellen aus indirekten Steuern, und der Grund für die Nothwendigkeit einer solchen Vermehrung liegt ja zum Theil bei den Einzelstaaten. Unsere beiden nächsten Einnahmquellen aus den indirekten Steuern, Zuckers- und Branntweinsteuer, sind sehr ins Schwanken gekommen und man wird auch thun, auch wenn man im Uebrigen nicht mit der Finanz-, Zoll- und

Wirtschaftspolitik der Regierung sich in Uebereinstimmung findet, doch eine Reform dieser beiden Steuern herbeizuführen (Beifall rechts.)

Hierauf wird die Generaldiskussion geschlossen. Abg. v. Kardorff (persönlich): Unter Obstruktionspolitik habe ich die Haltung der freisinnigen Partei in der Steuerfrage und in der Polenfrage verstanden; sowie auch das Verhalten im Widerspruch mit der Verfassung den Mitgliedern der Partei Diäten zu geben. Hierdurch, meine ich, würde die Regierung dahin gedrängt, mehr Fühlung mit den Einzelstaaten zu nehmen. Alles, was die Herren Windthorst und Hänel darüber von Staatsrecht u. s. w. gesagt haben, ist Blech. (Großes Geleierle.)

Präsident v. Wedell-Biesdorf erklärt es für parlamentarisch unzulässig, in dieser Weise Aeußerungen von Abgeordneten zu kennzeichnen.

Abg. Gaele konstatiert, daß sein heute von verschiedenen Redner angegriffener Fraktionsgenosse Bayer im Hause nicht anwesend ist.

Abg. Windthorst: Auf die letzte Bemerkung des Herrn v. Kardorff hat bereits der Herr Präsident geantwortet. Ich bin fest überzeugt, daß aus den Worten des Herrn v. Kardorff das zu entnehmen war, was ich daraus entnehmen habe. Ich proklamire jetzt, daß Herr v. Kardorff das zurückgenommen hat.

Abg. v. Kardorff: Ich habe kein Wort von dem zurückgenommen nöthig, was ich gesagt habe. Die weitere Beratung wird um 5 Uhr bis Dienstag 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr. Am Ministerische v. Puttkamer und Kommissarien.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort.

Beim Kapitel 84: Statistisches Amt, beschwert Abg. v. Meyer (Arnswalde) über die ungebührliche Belastung der ländlichen Kommunalbeamten mit statistischen Aufnahmen. Viehzählung, Volkszählung, Steuerstatistik, Statistik der Armenpflege, der Jagdausbeute, der Sonntagsschließung der Beamten gar nicht zu Ahem kommen. Eine Vereinfachung der Statistik sei dringend wünschenswerth.

Abg. Schmidt (Stettin) glaubt, daß das statistische Centralbureau sehr nützlich wirkt.

Abg. v. Schorlemer konstatiert, daß auch im Uebrigen die Armenpflege eine sehr gute sei. Am besten sei es, wenn die Bureaukratie gar nicht in die Armenpflege einmische. Dies befördere übertriebene Ansprüche, Aufsehung und am Ende eine sozialdemokratische Gesinnung.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso Kap. 86: Oberverwaltungsgericht und Deputation für das Heimathwesen. Die Oberverwaltungsgerichte sind 1 Senatspräsident und 3 Mitglieder mit Rücksicht auf die Zunahme der Geschäfte in Folge der Einführung des Kreisordnungs in Hannover und Hessen-Nassau neu in den Etat gestellt.

Beim Kap. 90, Landräthliche Behörden und Kreisverwaltungen bringt Abg. Barth (freikons.) die Jagabundenfrage in Sprache. Die Verpflegungstationen hätten allerdings Jagabunden beizubehalten, wenn auch nicht abgeschafft, so doch beschränkt, da die Leute jetzt weniger die Dörfer brandstifteten und mehr von Station zu Station zögen. Eine große Gefahr sei aber noch die Jägerzigeunerbande; ganze Familien zögen von Ort zu Ort, mit Wandergewerbeschneidern auf Schmacherei, Bierhandel und Kesselfiederei verfallen. Der Jägerzigeuner könne in bestimmten Fällen verweigert werden, namentlich, sobald der Nachsuchende im Lande keinen Wohnsitz habe, deshalb müsse gegen Ausländer rückwärts los vorgegangen, im Uebrigen das Gesetz auf's Strengste angewendet werden. Jeder Schritt, den der Minister nach dieser Richtung hin thun werde, erwerbe ihm den wärmsten Dank der ländlichen Bevölkerung. (Beifall rechts.)

Ministerialdirektor v. Jaström: Die Rücksicht auf die königliche Staatsregierung nicht fremd; soweit die Wünsche des Herrn Vordredners sich auf eine strengere Handhabung der Verordnungen von Wandergewerbeschneidern beziehen, fallen selbst nicht unter das Ressort des Ministeriums des Innern, sondern in das des Handelsministeriums, wo dieselben geneigter Gehör finden werden.

Abg. v. Rauchhaupt hält für die schlimmste die inländische Zigeuner, die, wie z. B. in Sachsen im Uebrigen, Liebenwerda, ganze Kolonien bilden.

Minister v. Puttkamer: Das Uebel der inländischen Zigeuner ist der Staatsregierung nicht fremd, aber die Mehrzahl der Wanderttruppen sind Ausländer. Deshalb auch die königliche Staatsregierung Mittel und Wege ergreift, um durch Vereinbarung mit anderen Staaten diese Länder abzuschieben. Bezüglich der inländischen Wanderttruppen wohl Herr v. Rauchhaupt zu schwarz gemalt. Sie müssen achten, es sind dies eben Preußen, welche denselben Schutz und Gesezes beanspruchen können, wie alle Uebrigen.

Abg. Roganski äußert Bedenken gegen die beabsichtigte Theilung des Kreises Inowrazlaw.

Geheimer Ober-Regierungsrath Haase setzt die auf wirtschaftlichen Verhältnissen des jetzigen Kreises Inowrazlaw mit gebieterischer Nothwendigkeit hervorragenden Gründe die Theilung auseinander.

Abg. v. Winnigrode spricht sich für die Theilung des Kreises aus.

Der Titel, implicite also auch die Theilung des Inowrazlaw, wird genehmigt.

Bei Kapitel 91, Polizeiverwaltung von Berlin, fragt Berger an, wie es mit der ihm bereits auf eine Anfrage im Jahre 1882 zum Minister des Innern vertheilten die Berliner Bauordnung stehe. Es habe zwar eine solche, aber Alles still geworden. Die Fronten der Bauten seien immer schöner geworden, aber die Hofgebäudewohnungen ganz entsetzlich. Es gäbe Wohnungen, in welche, ohne daß man Keller lägen, weder Sonne, Mond noch Sterne hineinschienen. In dem sogenannten Geheimrathsquartier seien die Verhältnisse genau so schlecht, wie in den alten Stadttheilen. Die Stadthaus sollte dem Uebel abhelfen; die Millionen sind hingegeben, aber gedeckert haben die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter nicht. Die neue städtische Baupolizei-Ordnung ist dringendes Bedürfnis, sonst entgeht unter dem Eindruck einer drohenden größeren Streikschlimmere Verhältnisse. Schließlich erbitte sich Redner, daß über die Durchlegung der Bimmerstose nach der Straßengröße. Die Gelder für das Gewerbmuseum und für die Vorkerkunde seien ausdrücklich im Hinblick auf die Vertheilung jener Strafe bewilligt worden.

Minister v. Puttkamer: Die vor 4 Jahren ausgesprochene Hoffnung, binnen Monaten die neue Bauordnung für Berlin emaniren zu können, ist nicht erfüllt. Es sind unvorhergesehene Hindernisse eingetreten. Die namentlich bezüglich strengere Maßnahmen steuerpolizeilicher Hinsicht um uns beratenden Behörden sind meist bis auf die Existenzfrage des Besitzers zurückzuführen, aber von dem Grundgedanken aus, daß sich in solchen Fällen das Privatinteresse dem öffentlichen untergeordnet hat, ist die Baupolizei-Ordnung betrifft, so liegt die Sache in man in den Ministerialreferats bei der Erwidigung der Angelegenheit, wie weit man in der Lage ist, den kommunalen Wünschen entgegenzukommen. Die staatlichen Behörden sind ja im Wesentlichen einen strengeren Standpunkt ein, die kommunalen. Im Uebrigen werde ich künftighin Aeußerung solcher Hoffnungen zurückhaltender sein. Die Bimmerstrafendurchlegung betrifft, so fällt dieselbe nicht

meine Ansicht ist, daß die Regierung sich in Uebereinstimmung mit dem Reichstag befinden sollte, doch eine Reform dieser beiden Steuern herbeizuführen (Beifall rechts.)
Hierauf wird die Generaldiskussion geschlossen.
Abg. v. Kardorff (persönlich): Unter Obstruktionspolitik habe ich die Haltung der freisinnigen Partei in der Steuerfrage und in der Polenfrage verstanden; sowie auch das Verhalten im Widerspruch mit der Verfassung den Mitgliedern der Partei Diäten zu geben. Hierdurch, meine ich, würde die Regierung dahin gedrängt, mehr Fühlung mit den Einzelstaaten zu nehmen. Alles, was die Herren Windthorst und Hänel darüber von Staatsrecht u. s. w. gesagt haben, ist Blech. (Großes Geleierle.)
Präsident v. Wedell-Biesdorf erklärt es für parlamentarisch unzulässig, in dieser Weise Aeußerungen von Abgeordneten zu kennzeichnen.
Abg. Gaele konstatiert, daß sein heute von verschiedenen Redner angegriffener Fraktionsgenosse Bayer im Hause nicht anwesend ist.
Abg. Windthorst: Auf die letzte Bemerkung des Herrn v. Kardorff hat bereits der Herr Präsident geantwortet. Ich bin fest überzeugt, daß aus den Worten des Herrn v. Kardorff das zu entnehmen war, was ich daraus entnehmen habe. Ich proklamire jetzt, daß Herr v. Kardorff das zurückgenommen hat.
Abg. v. Kardorff: Ich habe kein Wort von dem zurückgenommen nöthig, was ich gesagt habe. Die weitere Beratung wird um 5 Uhr bis Dienstag 1 Uhr vertagt.
Abgeordnetenhaus.
15. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr. Am Ministerische v. Puttkamer und Kommissarien.
Das Haus setzt die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort.
Beim Kapitel 84: Statistisches Amt, beschwert Abg. v. Meyer (Arnswalde) über die ungebührliche Belastung der ländlichen Kommunalbeamten mit statistischen Aufnahmen. Viehzählung, Volkszählung, Steuerstatistik, Statistik der Armenpflege, der Jagdausbeute, der Sonntagsschließung der Beamten gar nicht zu Ahem kommen. Eine Vereinfachung der Statistik sei dringend wünschenswerth.
Abg. Schmidt (Stettin) glaubt, daß das statistische Centralbureau sehr nützlich wirkt.
Abg. v. Schorlemer konstatiert, daß auch im Uebrigen die Armenpflege eine sehr gute sei. Am besten sei es, wenn die Bureaukratie gar nicht in die Armenpflege einmische. Dies befördere übertriebene Ansprüche, Aufsehung und am Ende eine sozialdemokratische Gesinnung.
Das Kapitel wird bewilligt, ebenso Kap. 86: Oberverwaltungsgericht und Deputation für das Heimathwesen. Die Oberverwaltungsgerichte sind 1 Senatspräsident und 3 Mitglieder mit Rücksicht auf die Zunahme der Geschäfte in Folge der Einführung des Kreisordnungs in Hannover und Hessen-Nassau neu in den Etat gestellt.
Beim Kap. 90, Landräthliche Behörden und Kreisverwaltungen bringt Abg. Barth (freikons.) die Jagabundenfrage in Sprache. Die Verpflegungstationen hätten allerdings Jagabunden beizubehalten, wenn auch nicht abgeschafft, so doch beschränkt, da die Leute jetzt weniger die Dörfer brandstifteten und mehr von Station zu Station zögen. Eine große Gefahr sei aber noch die Jägerzigeunerbande; ganze Familien zögen von Ort zu Ort, mit Wandergewerbeschneidern auf Schmacherei, Bierhandel und Kesselfiederei verfallen. Der Jägerzigeuner könne in bestimmten Fällen verweigert werden, namentlich, sobald der Nachsuchende im Lande keinen Wohnsitz habe, deshalb müsse gegen Ausländer rückwärts los vorgegangen, im Uebrigen das Gesetz auf's Strengste angewendet werden. Jeder Schritt, den der Minister nach dieser Richtung hin thun werde, erwerbe ihm den wärmsten Dank der ländlichen Bevölkerung. (Beifall rechts.)
Ministerialdirektor v. Jaström: Die Rücksicht auf die königliche Staatsregierung nicht fremd; soweit die Wünsche des Herrn Vordredners sich auf eine strengere Handhabung der Verordnungen von Wandergewerbeschneidern beziehen, fallen selbst nicht unter das Ressort des Ministeriums des Innern, sondern in das des Handelsministeriums, wo dieselben geneigter Gehör finden werden.
Abg. v. Rauchhaupt hält für die schlimmste die inländische Zigeuner, die, wie z. B. in Sachsen im Uebrigen, Liebenwerda, ganze Kolonien bilden.
Minister v. Puttkamer: Das Uebel der inländischen Zigeuner ist der Staatsregierung nicht fremd, aber die Mehrzahl der Wanderttruppen sind Ausländer. Deshalb auch die königliche Staatsregierung Mittel und Wege ergreift, um durch Vereinbarung mit anderen Staaten diese Länder abzuschieben. Bezüglich der inländischen Wanderttruppen wohl Herr v. Rauchhaupt zu schwarz gemalt. Sie müssen achten, es sind dies eben Preußen, welche denselben Schutz und Gesezes beanspruchen können, wie alle Uebrigen.
Abg. Roganski äußert Bedenken gegen die beabsichtigte Theilung des Kreises Inowrazlaw.
Geheimer Ober-Regierungsrath Haase setzt die auf wirtschaftlichen Verhältnissen des jetzigen Kreises Inowrazlaw mit gebieterischer Nothwendigkeit hervorragenden Gründe die Theilung auseinander.
Abg. v. Winnigrode spricht sich für die Theilung des Kreises aus.
Der Titel, implicite also auch die Theilung des Inowrazlaw, wird genehmigt.
Bei Kapitel 91, Polizeiverwaltung von Berlin, fragt Berger an, wie es mit der ihm bereits auf eine Anfrage im Jahre 1882 zum Minister des Innern vertheilten die Berliner Bauordnung stehe. Es habe zwar eine solche, aber Alles still geworden. Die Fronten der Bauten seien immer schöner geworden, aber die Hofgebäudewohnungen ganz entsetzlich. Es gäbe Wohnungen, in welche, ohne daß man Keller lägen, weder Sonne, Mond noch Sterne hineinschienen. In dem sogenannten Geheimrathsquartier seien die Verhältnisse genau so schlecht, wie in den alten Stadttheilen. Die Stadthaus sollte dem Uebel abhelfen; die Millionen sind hingegeben, aber gedeckert haben die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter nicht. Die neue städtische Baupolizei-Ordnung ist dringendes Bedürfnis, sonst entgeht unter dem Eindruck einer drohenden größeren Streikschlimmere Verhältnisse. Schließlich erbitte sich Redner, daß über die Durchlegung der Bimmerstose nach der Straßengröße. Die Gelder für das Gewerbmuseum und für die Vorkerkunde seien ausdrücklich im Hinblick auf die Vertheilung jener Strafe bewilligt worden.
Minister v. Puttkamer: Die vor 4 Jahren ausgesprochene Hoffnung, binnen Monaten die neue Bauordnung für Berlin emaniren zu können, ist nicht erfüllt. Es sind unvorhergesehene Hindernisse eingetreten. Die namentlich bezüglich strengere Maßnahmen steuerpolizeilicher Hinsicht um uns beratenden Behörden sind meist bis auf die Existenzfrage des Besitzers zurückzuführen, aber von dem Grundgedanken aus, daß sich in solchen Fällen das Privatinteresse dem öffentlichen untergeordnet hat, ist die Baupolizei-Ordnung betrifft, so liegt die Sache in man in den Ministerialreferats bei der Erwidigung der Angelegenheit, wie weit man in der Lage ist, den kommunalen Wünschen entgegenzukommen. Die staatlichen Behörden sind ja im Wesentlichen einen strengeren Standpunkt ein, die kommunalen. Im Uebrigen werde ich künftighin Aeußerung solcher Hoffnungen zurückhaltender sein. Die Bimmerstrafendurchlegung betrifft, so fällt dieselbe nicht

der die Verhältnisse der Klavierbranche speziell erörtert, das System der Belohnungen für Fleiß und Treue und die Hand in Hand damit gehenden Lohnabzüge in der Fabrik von Weidens-

wirklich einen Sieg erringer so kann eine unorganisierte Masse den Sieg für die Dauer niemals festhalten! Würden aber die Sieger dem Vereine dauernd angehören, so könnten die Ertragsverluste auch für die Dauer erbalten werden.

Ueber die periodische Presse in den verschiedenen Staaten Europas sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika...

Table with columns: Land, Jahr, Beilagen, eine Zeile, entfallende Einmolen. Lists data for various countries like Germany, Denmark, Sweden, etc.

hr. Der Krankenunterstützungsbund der Schneider (G. S.) hielt am Freitag Abend bei Grätwell eine Mitgliederversammlung ab. Die Verhandlungen bezogen sich vorzugsweise auf die folgenden zwei Fragen: 1. ob nur der Zentral-

Achtung für säumige Zahler! Das Volkseipräsidium zu Königsberg i. Pr. klagte nach § 29 des Pfändungsgesetzes bei der höheren Verwaltungsbehörde auf Schließung der örtlichen Verwaltungsstelle der Hamburger Zentral-Krankenkasse...

Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter. Dienstag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr, Versammlung in Seefeld's Salon, Grenadierstr. 33. Tagesordnung: 1. Abrechnung pro 4. Quartal. 2. Bericht des Vorstandes über die gefassten Beschlüsse der letzten Mitglieder-Versammlung.

Große Versammlung der Mäntelnäherinnen Berlins. Heute, Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, in Sanssouci, Rottbuefstraße 4a. L. D.: Interpellation an die Kaufleute und Schneidermeister über ihre Stellung zu der Mäntelnäherinnenbewegung.

Der Luisenstädtische Stenographenverein beginnt am Dienstag, den 9. d. M., Schützenstraße 18 im Restaurant Beder und Mittwoch, den 10. d. M., Pringensstraße 79 im Restaurant Lösslern Abends 8 1/2 Uhr neue unentgeltliche Unterrichtslehre für Herren und Damen in der Kollerischen Stenographie.

Berliner Turngenossenschaft (6. Lehting's-Abtheilung), jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr Abends in der Turnhalle, Behdenickerstr. 17.

Bezirksverein der werktätigen Bevölkerung der Schönhauser Vorstadt. Dienstag, den 9. ds. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung Prenzlauer Allee 195, Ecke Danzigerstraße. Tagesordnung: 1. Die Berliner Frauenbewegung. Referent: Reichstagsabgeordneter Herr Krüder. 2. Stellung des Vereins zu den Stadtverordnetenwahlen. 3. Verschiedenes und Fragekasten. - Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Die Versammlung sämtlicher Handwerker und Arbeiter des Baugewerkes findet am Sonntag, den 14. d. M., in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, statt.

Kleine Mittheilungen.

Aus dem Kreise Lettow. Das Resultat der Volkszählung im Lettewer Kreise ist nunmehr amtlich festgestellt. Im Jahre 1880 betrug die Seelenzahl desselben 137491, bei der Zählung im Jahre 1885 163244, so daß dieselbe innerhalb der fünf Jahre um 25753 oder 21,7 pCt. gestiegen ist.

Der gestern Abend vom Kap hier angekommenen Dampfer „wan“ bringt die Meldung von einer schrecklichen Tragödie dem Meere. Am Montag, den 11. Januar, kam in Jamestown, St. Helena, ein offenes Boot an, welches Kapitän Robert Clarke, dessen Frau und Kind, sowie 14 Matrosen seinen Ansaßen hatte, die sämmtlich zu dem amerikanischen Dampfer „Frank N. Thayer“ aus Boston gehört hatten. Sie richteten, daß am 2. Januar, als sie sich 700 Meilen von Helena befanden, zwei malagische Kulis plötzlich auf den Boot und zweiten Steuermann zu stürzten und sie erstachen. Clarke erlitt auf's Tod, wurde aber an der Gurgel ergriffen sein Angreifer nach ihm mit dem Messer. Er kämpfenden kamen allmählich am Fuße der Treppe an, wo der Kapitän kopfüber in die Kajüte stürzte. Er bewachte sofort mit einem Revolver und schloß sich mit Weib und Kind in der Kajüte ein. Kurz darauf verkündete ein Schrei, daß der Mann am Steuerbord ermordet worden sei; und weiterer Schrei ergab, daß den Zimmermann ein gleiches Schicksal ereilt hatte. Ungefähr um 5 Uhr am nächsten Morgen ermordeten die Kulis einen anderen Mann, mit dem die Reise in Freundschaft gelebt hatten, und ein Chineser Koch, war die einzige Person, die von den Wörtern am Leben gelassen wurde. Behn der Matrosen, die in Jamestown anlangen, hatten sich im Vorderkastell verbarrikadirt und vier von ihnen wurden leicht verwundet. Am nächsten Morgen erschossen der Kapitän und ein Matrose einen und verwundeten den anderen Kuli. Dann fand man, daß ein Hanswurst auf mehreren Stellen in Brand gesteckt war. Das Schiff wurde alsdann verlassen, und das Boot steuerte nach St. Helena, es auch glücklich ankom. Im Ganzen wurden von den Kulis 5 Mann getödtet und 5 Mann verwundet, und man vermutet, daß von denselben die Ermordung der Schiffsmannschaft geplant war.

Briefkasten der Redaktion.

B. 100. Ihre Frage ist nicht recht verständlich. Der Gemann schon vor seiner Verheirathung ein Grundbesitz besaß, so kann er nach dem Tode seiner Ehefrau selbstständig frei über dasselbe durch Testament verfügen, ohne daß Verwandten der Ehefrau ein Widerspruchsrecht dagegen besteht. J. Rheinsbergerstraße. Sie müssen jedenfalls die Hebung gestellten Steuerbetrag zur Vermeidung der zumeist weissen Beitreibung zahlen; dagegen hilft keine Beschlagnahme. Bezüglich Ihrer weiteren Frage fehlt es an einer bestimmten Angabe, um was für Steuern es sich handelt, ob um eine jährliche oder aus dem vergangenen Jahre rückständige, ob Staats- oder Gemeindefiskal- oder Einkommensteuer, wenn Sie Ihre Anfrage noch einmal präzisir, am besten schriftlich, die Redaktion der Ihnen zugegangenen Nummerlichen Zuschrift stellen, werden wir Ihnen bestimmten Rath erteilen können. G. G. Schönholzerstr. Sie thun besser, wenn Sie sich in der Versammlung des Vereins vorbringen. G. E. Bürgel. Wenden Sie sich an Herrn Hermann Bormann, Vorsitzenden des Fachvereins der Töpfer in Berlin, SO, Brügelstr. 10.

Theater. Dienstag, den 7. Februar. Opernhaus. Die Stimme von Portici, Oper in 5 Aufzügen von Scribe. Schauspielhaus. Tilli, Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl. Deutsches Theater. Die Lorelei. Trauerspiel in 5 Aufzügen von A. P. Arronge. Wallner-Theater. Sammel und Seide, Lustspiel in 4 Akten von Oskar Blumenthal. Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn). Belle-Alliance-Theater. Orpheus in der Unterwelt. Burleske Oper in 4 Bildern von Offenbach. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Jägerbaron, von Joh. Strauß. Walhalla-Theater. Ramsell Angott, Operette in 3 Akten von Clotilde, Straudin und König. Konzenstädtisches Theater. Abtracababra. Central-Theater. Der Stabs-Trompeter. Viktorie-Theater. Däumling. Odeon-Theater. Hand und Herz. American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung. Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung. Alhambra-Theater. Wallnertheaterstraße 15. Rum 1. Male: Die Brandstifter. Schauspiel mit Gesang in 6 Abtheilungen nach dem Französischen des d'Ardenne von G. Sebald. Vor der Vorstellung: Gr. Konzert der Hauskapelle. Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Bonn haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. Kaiser-Panorama. Zum ersten Male: Das südlische Frankreich. Eine Wanderung durch Holland. Bertha-Reise. Karolinen-Inseln u. Eine Reise 2 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonnements. Mitglieder-Versammlung der Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Ortsverwaltung Berlin C. (Gallecher Thor-Bezirk.) Mittwoch, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, Lettewerstr. 3 bei Rothader. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1885. 2. Wahl von Krankenkassendirektoren. 3. Verschiedenes. - Zahlreiches Erscheinen notwendig. Buch legitimirt. Der Ortsvorstand. NB.: Sonnabend, den 20. Februar, findet in Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7, ein Wiener Maskenball statt. Der Ueberseh ist für den Invalidenfond bestimmt. Billets sind in der Versammlung zu haben. 661 General-Versammlung der Central-Kranken-, Sterbe- und Unterstützungskasse der deutschen Zimmerer am Mittwoch, den 10. d. M., Abends 8 Uhr, in Grätwell's Bierhallen, Kommandanten-Straße 77-79. Tages-Ordnung: 1. Kasfenbericht. 2. Revisorenwahl. 3. Verschiedenes. - Neue Mitglieder werden aufgenommen. J. A.: A. Günther. Wer liefert tien. polierte Beistellen, gut gearbeitet und trocknes Holz, zu Engros-Preisen? Offerten unter H. K. 20 an die Exped. dieser Zeitung. 666

Täglich: Königsberger Fleck, à Portion 25 Pf. im Restaurant Thalherstraße 18 bei Stramm.

Der Wiener Maskenball des Franken-Unterstützungs-Bundes der Schneider und Berufsgenossen findet am 15. d. M. in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, statt. Anfang 8 Uhr. Billets à 50 Pf. sind zu haben Krausenstraße 11 (Gerberge); Zimmerstraße 30 (Genossenschaft); Hochst. Annenstr. 11; Ebelt, Jannowigbrücke 1; Müngstr. 2 im Higarrengeschäft, sowie auf den Rathstellen bei Baum und Seefeld. 662 Das Komitee. Freireligiöse Gemeinde. Abends 8 Uhr, Sophienstr. 15. Beschließende Versammlung. Wahlen. 660

Für die streifenden Korbmacher sind eingegangen: Am 1. Februar in der Volksoersammlung in Sanssouci durch Zeller-Sammlung 23,40 M. Am 2. Februar vom Arbeiter-Bezirks-Verein im Ofen durch Zeller-Sammlung 12,72 M. Am 7. Februar in der öffentlichen Versammlung der Klavierarbeiter 17,90 Mark. Weitere Unterstützungen sind zu richten an Aug. Reddemann, Wangelfstr. 109 und Aug. Krüger, Stalterstr. 11. Wer bemalt und brennt Porzellanfiguren in schöner Ausführung? Offerten unter H. K. 20 an die Exped. dieser Zeitung. 667

Elegante Masken-Garderobe Fr. Panknin, Dranienstr. 178, b. II. Ecke Adalbertstr. Die Beleidigung, die ich Herrn G. Babi zugestigt, nehme ich hiermit zurück. G. Rosoff.

Selbstunterricht in der einfachen und doppelten männlichen Buchführung und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems zur doppelten Buchführung nach der Methode von C. Schmidt, Lehrer Handelswissenschaften. Preis 1 M. 50 Pf. Zu beziehen d. d. Exped. d. „Berliner Volksblatt“, Berlin, Zimmerstraße 11.

Arbeitsmarkt. Einen Tischlergehilfen auf Roblechtsberg. oest. Blumenthalstr. 23 in Friedrichsberg. Zwei junge Leute, welche gewillt sind, Musik erlernen zu wollen, können s gleich in die Lehre treten bei W. Schmidt, Stadtauskuss in Behdenick. Nähere Nachrichten ist gleichfalls zu erfragen bei Herrn G. O. Berlin, Bayowstraße 4. Einen tüchtigen Korbmacher gesellen auf Gemalt verl. G. Voigt, Gieselerstr. 11.

Der unentgeltliche Arbeiter Nachweis der Klavierarbeiter befindet sich Skalitzerstr. bei Stramm.

Perl-Mocca-Kaffee, pr. Pfd. 55 Pf., derselbe gebrannt pr. Pfd. 70 Pf. Kaffee-Lagerei O. E. Arndt & Co., 104 Köpnickstraße 104, Ecke der Neanderstraße.